

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
24 (1910)**

68 (22.3.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-530899](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-530899)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Interate werden die fünfgepostete Annoncenliste oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmshafen und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfg. für sonstige auswärtsige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshafen. Filiale in Heppens: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Dienstag den 22. März 1910.

Nr. 68.

Die Ausflüchte des Zentrums.

Um seinen schändlichen Wortbruch vor seinen Anhängern zu beschönigen und sein volksverräterisches Treiben zu entschuldigen, muß das Zentrum eine Unmasse falcher und irreführender Behauptungen aufstellen. Die Wahrheit kann es ja nicht sagen, ohne sich selber ein moralisches Urteil zu sprechen, es muß also lügen, um bloß leben zu können. So begründet also auch das Verhalten der Zentrumsparthei ist, so wird es dadurch nicht entschuldbar, und am allerwenigsten kann es gebildet werden, daß der laue Sachverhalt durch unwahre Behauptungen verdeckt und verbunkelt wird. Einige Argumente, die von den Rednern und der Presse des Zentrums immerfort gebracht werden, bedürfen daher sofortiger Widerlegung.

Erste Behauptung: Es war nicht mehr zu erreichen! Das ist absolut unwahr. Die Parteien, die das Reichstagswahlrecht für Preußen auf ihrem Programm haben, Sozialdemokratie, Zentrum, Freisinnige und Polen haben zusammen die erdrückende Mehrheit der preußischen Bevölkerung hinter sich. Eine solche Mehrheit kann ihren Willen durchsetzen, wenn sie bloß will.

Wer nicht nur in der Bevölkerung, auch im Abgeordnetenhaus selbst war eine Mehrheit für eine bessere Reform vorhanden. Das geheime und direkte Wahlrecht hätte vom Zentrum gemeinsam mit der Linken durchgesetzt werden können.

Das Zentrum zog es vor, durch die und dann mit den Junkern zu gehen.

Zweite Behauptung: Der Sozialdemokratie kommt es bloß auf Agitationsstoff an.

Das ist eine höchst törichte Behauptung, mit der auf die Gebankenklosigkeit spekuliert wird. Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich das größte Interesse daran, entsprechend ihrer Stärke im Volk auch im preußischen Abgeordnetenhaus vertreten zu sein. Es kommt ihr also nicht bloß auf Agitationsstoff, sondern es kommt ihr auf das Wahlrecht an.

Dritte Behauptung: Die sozialdemokratischen Demonstrationen nützen nicht, sie schaden bloß und erschweren die Reformarbeit.

Eine abschauliche, bewährte Unwahrheit! Jedermann, der als denkender und beobachtender Staatsbürger die letzten Jahre miterlebt hat, weiß, daß die preußische Wahlrechtsfrage überhaupt durch die sozialdemokratischen Demonstrationen in Füh gebracht worden ist. Erst nach den großen Straßendemonstrationen im Jahre 1908 entschloß sich die Regierung in die Thronrede jene Stelle hineinzubringen, in der eine Wahlreform angeklagt wird. Ohne die aufopfernde unerhöchliche Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter würde kein Mensch an eine Wahlreform gedacht haben. Wollten die christlichen Arbeiter in Preußen nicht mehr als Staatsbürger dritter Klasse betrachtet und behandelt werden, so müssen sie mit ihren sozialdemokratischen Kameraden zusammen demonstrieren.

Vierte Behauptung: Durch das Kompromiß zwischen Zentrum und Konservativen ist die geheime Wahl eingeführt worden.

Auch das ist unwahr. Die Konservativen haben die geheime Wahl erst dann akzeptiert, als sie gegen ihre Stimmen in der Kommission angenommen worden war. Ebenso wäre das Stimmverhältnis im vollen Hause gewesen. Als die Konservativen sahen, daß um die geheime Wahl gar nicht mehr herumzukommen war, suchten und fanden sie die Hilfe des Zentrums, um die geheime Wahl bloß auf dem Papier stehen zu lassen, die wirkliche Geheimhaltung der Wahl aber unmöglich zu machen.

Fünfte Behauptung: Die geheime Wahl ist ein großer Fortschritt.

Es wäre ein immerhin bemerkenswerter Fortschritt, wenn sie wirklich geheim wäre, aber sie ist es nicht. So wie das Wahlverfahren gestaltet ist, wird es eine Geheimhaltung der Abstimmung höchstens bei den Wahlmännern der dritten Klasse in einigen großen Städten ermöglichen. Die Wahl der Wähler erster und zweiter Klasse im ganzen Lande, die Wahl der Wähler erster bis dritter Klasse in den kleineren Orten wird nur dem Namen nach zu einer Geheimwahl gemacht, der Wirkung nach bleibt sie öffentlich wie bisher. Auch die Wahl des Abgeordneten durch die Wahlmänner bleibt öffentlich. Das Zentrum hat sich noch ausdrücklich für die Öffentlichkeit dieser Wahlen erklärt.

Sechste Behauptung: Durch die öffentliche Wahl der Abgeordneten wird eine unklare Beeinflussung der Wahlmänner verhindert. Das Umgekehrte ist richtig. Erst die geheime Wahl

hätte abhängigen Wahlmännern die Möglichkeit gegeben, das ihnen von den Wählern anvertraute Ehrenamt wirklich frei auszuüben. Das gilt namentlich für die so häufigen Stichwahlen zwischen einem Regierungskandidaten und einem Kandidaten der Opposition. Der abhängige Zentrumswahlmann ist bei einer öffentlichen Stichwahl zwischen einem Rationalliberalen und einem politischen Katholiken gezwungen, den Rationalliberalen zu wählen. Der abhängige freisinnige Wahlmann muß bei einer Stichwahl zwischen konservativem und sozialdemokratischem Kandidaten wählen, wenn er nicht vom Staate gemahnet werden will. Der nationalliberale Wahlmann kann unter Umständen genötigt sein, für den Konservativen gegen den Freisinnigen zu stimmen. Die öffentliche Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner ist somit eine Quelle der schlimmsten politischen Schandele und Korruption.

Siebente Behauptung: Gegenüber dem öffentlichen Wahlverfahren ist das indirekte das kleinere Übel. Das Zentrum hat das direkte Wahlverfahren preisgegeben um das wertvolle geheime Wahlrecht dafür einzutauschen.

Damit soll die Tatsache entschuldigt werden, daß das Zentrum gegen das direkte Wahlverfahren, für das indirekte gestimmt hat. Sie ist aber nicht zu entschuldigen. Selbst die reaktionäre Regierung war für die Beibehaltung des indirekten Systems und erklärte in ihrer Vorlage: „Die indirekte Wahl hat sich überlebt.“ Die Regierung hatte sich also gegen die indirekte Wahl festgelegt und das Zentrum konnte mit den Liberalen eine Mehrheit zur Beibehaltung der indirekten Wahl bilden. Die indirekte Wahl macht auch eine wirkliche Geheimwahl unmöglich. Ein geheimes Wahlverfahren, das nicht auch direkt ist, ist daher beinahe wertlos.

Die geheime Wahl war aber auch ohne Preisgabe des von der Regierung vorgeschlagenen direkten Wahlverfahrens zu haben. (Siehe oben.)

Achte Behauptung: Die vom Zentrum mit den Konservativen gemachte Wahlreform verdient den Beifall des Volkes.

Wer! Herr von Heydebrand, der Führer der Konservativen, hat doch am 18. März bei der dritten Lesung des Entwurfes selber gesagt: „Wir sind ganz sicher, daß das Gesetz den Beifall der Massen nicht finden wird.“ Das ist Herr von Heydebrand auch ganz recht, er findet das „berühmend“, denn als Junker ist er ein Feind und Verächter der Volksmassen. Wie will das Zentrum gegen dieses Urteil aufkommen?

Neunte Behauptung: Die Wahlrechtsbewegung muß jetzt zu Ende sein. Das Volk muß sich zu Frieden geben, denn das Land braucht Ruhe.

So haben die Feinde des Volkes, die Feinde der Freiheit und Gleichberechtigung immer gesprochen. Nur Ruhe, nur Zufriedenheit! Nur keinen Arm, keine „verheerende Agitation“. — Wer aber ein ehrlicher, aufrechter Mann aus dem Volke ist, welcher Partei immer er sich bisher angeschlossen haben mag, der wird jetzt mit der Faust auf den Tisch schlagen und rufen:

„Nun erst recht! Wir lassen uns keinen Sold in die Augen streuen! Wir gehen nicht ab von unserer guten Forderung! Keine Ruhe, so lange das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht erobert ist!“

Rutz zusammengefaßt: Das Zentrum stimmte gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts, gegen geheimes und direktes Wahlverfahren, gegen Neuerrichtung der Wahlkreise, gegen gesetzliche Sicherung des Wahlheimnisses.

Das Zentrum stimmte für Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts, für Beibehaltung des indirekten Wahlverfahrens, für Beibehaltung der öffentlichen Wahlmännerwahl, für die Bevorzugung der Abiturienten vor den nichtstudierten Wählern, für die Wahlkorruption der Terminwahlen.

Das Zentrum stimmte mit den Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen

gegen Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen und lieben Zentrumsabgeordnete

einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nieder!

Politische Rundschau.

Bant, 21. März.

Zum Kampf der Entrechteten in Preußen.

Artillerie gegen Wahlrechtskämpfer?
Am 6. März, so berichtet das Berl. Tageblatt, war die Kaserne des 1. Garde-Feldartillerieregiments in Berlin in ein förmliches Kriegslager verwandelt. Auf dem Kasernenhofe waren Geschütze und Munitionswagen mit scharfer Munition versehen, zum Ausrücken fertig aufgeladen; die Pferde standen gefesselt in den Ställen bereit, um jedes Moment angepöndelt zu werden. Das bürgerliche Blatt zieht aus seinen Mitteilungen den Schluß:

Es gab also in der Tat am 6. März in Berlin einflußreiche Personen, die gewillt waren, die friedlichen Spaziergänger im Tiergarten und auf den Straßen, Männer, Frauen und Kinder eventuell von der Artillerie zusammenschleien zu lassen.

Wäre die Auffassung des Berl. Tagebl. richtig, dann müßten die betreffenden einflußreichen Personen als im höchsten Maße gemeingefährliche Geisteskräfte in der Arrenanstalt interniert werden. Läge aber den Maßnahmen der Militärbehörde eine irgendwie vernünftige Erwägung zugrunde, so konnte es nur die sein, daß man sich auf die Infanterie nicht mehr ganz sicher verlassen zu können glaubte. Normaler Weise muß die Infanterie mit ihren fürchterlichen Schußwaffen auch einem zwanzigfach stärkeren irregulären Volkshaufen weitaus überlegen sein. Die Beibehaltung der Artillerie könnte aber nur dann einen Sinn haben, wenn man glaubte, man würde sie eventuell gegen die eigene Infanterie verwenden müssen. . . .

Da nicht anzunehmen ist, daß solche Erwägungen tatsächlich geschwehrt haben, so kann man in das Verhalten der Militärbehörde nur noch als den Ausschlag einer bis zur Sinnlosigkeit gesteigerten Verwirrung betrachten. Solche kopflose Aufregung wird am besten durch ruhige Selbstkritik bekämpft, die nicht über ihre Kraft hinausgeht, aber sich auch durch verworfene Drohungen nicht im mindesten einschüchtern läßt. Mit ihren großen Kanonen imponiert die sogenannte Staatsautorität den Arbeitern Berlins und Preußens nicht. Weber haben die Arbeiter selbst die Wertschätzung, welche sie sich noch fürchten sie sich vor Würdem. Ein Staat, der friedliche Demonstrationen mit Kanonen zusammenschleien läßt, ist heute im Herzen Europas doch nicht mehr möglich. An dem Tag, an dem es so weit käme, wäre es Zeit, auszurufen: Finis Borussiae! Preußens Ende!

Militär auch in Rathenow konfigniert.

Wegen angeblich zu erwartender sozialdemokratischer Demonstrationen wurde die Rathenower Garnison am 18. März von 4 Uhr nachmittags an in den Kasernen konfigniert. Selbst das Lazarett war in den Befehl mit einbezogen worden. 100 Husaren hatten den Befehl, sich feldmarschmäßig bereit zu halten. — Dabei waren von Seiten der deutschen Parteileitung keinerlei Veranstaltungen geplant.

Straßendemonstration in Stuttgart.

In Stuttgart kam es Freitag abend nach Schluß zweier stark besuchter Märzfeiern der sozialdemokratischen Partei zu einer imposanten Straßendemonstration. Circa 2000 Personen zogen unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht und Pflichten auf Preußen vor die preußische Gesandtschaft. Die aberachtete Polizei hatte dort Aufstellung genommen. Der Zug wurde geteilt und zum Rückzug gezwungen, nachdem vorher noch mehrfach Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht vor dem Hause ausgebracht waren. Der Zug ging dann nach dem Gewerkschaftshaus und löste sich dort in aller Ruhe auf.

Schon die Regenwülfe, die die Münchener Bevölkerung dem preußischen Gesandten gebracht hat, hat im Auslande großes Aufsehen gemacht und die Berliner Regierungsteilen aufs Heftigste berührt. Man greift also, daß die Wiederholung ähnlicher Vorgänge in Stuttgart, wo Tausende mit dem Ruf: „Hoch das gleiche Wahlrecht! Pfui Preußen!“ nach der preußischen Gesandtschaft zogen, den Berliner Wahgebenden schwer auf die Nerven gefallen ist. Die Nordd. Allgem. Zeitung gibt denn auch dem Schmerz ihrer Auftraggeber geziemend Ausdruck und bemerkt daher:

Wir sind überzeugt, daß diese Herren Demonstranten sich bitter beschweren würden, sowie man irgendwo in preußischen Landen eine Kritik oder gar Kundgebung gegen schädliche Institutionen richten wollte. Es geschieht nicht, und diese Zurückhaltung wird auf beiden Seiten als selbstverständlich angenommen.

Aber warum denn geschieht das nicht? Warum ziehen denn nicht umgekehrt die Berliner Volksmassen vor die württembergische Gesandtschaft, um die Einführung des Dreiklassenwahlrechts in Württemberg zu fordern? Sollte wirklich nur die „Juridikalische“ der Nordd. Allg. Ztg. das Verbot daran haben?

Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Die schamhafte Post mit nach dem Staatsanwalt, weil die Dornmünder Arbeiterzeitung ein Bild von den Volksgenossen brachte. Das schamhafte Blatt erblüht darin eine Interferenz und verlangt, daß die Führer und „Helden“ als Urheber der Straftat an der verdienten Strafe überliefert werden. Wenn der Staatsanwalt „Helden“ fallen will, so muß er die Post zuerst beim Schopf nehmen, denn maßlos ist wohl nie gehört worden, als wie es dieses Organ in den letzten Wochen getrieben hat.

Trifels's in der nationalliberalen Partei?

Von einer Waffemannreise in der nationalliberalen Partei weiß die Kreuzzeitung zu erzählen. Sie findet es auffällig, daß Waffermann, der am Montag vergangener Woche zum Etat des Finanzministeriums zum Wort gemeldet war, das Wort nicht ergreifen hat, sondern sichtlich abgeseigt ist. Diese Abseige soll nun mit der Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes am Tage vorher zusammenhängen. Dort soll sich gezeigt haben, daß Waffermanns Abgang „bedenklich zusammengeschlossen“ sei, denn „die Mehrheit sei mit der besonders dem Abgeordneten Waffermann zur Last gelegten unfruchtlichen Oppositionspolitik einer so gar nicht liberalen Regierung gegenüber unzufrieden“.

Es ist zweifellos richtig, daß es in der nationalliberalen Partei Elemente gibt, die für das unbedingte Zusammengehen mit den Konservativen sind. Eine Wohnung für beide Parteien scheint ihnen vollständig zu genügen, wenn sie nur zwei getrennte Eingänge hat. Namentlich sind es die Herren der rheinisch-westfälischen Schweineindustrie, die sich für ein derartiges Zusammengehen begeistern und die bisher nur darum in der nationalliberalen Partei geblieben sind, weil sie verhindern wollen, daß diese Partei zum offenen Kampfe gegen die Konservativen übergeht. Ein Teil dieser konservativen Feinde in der nationalliberalen Partei hat ja auch schon die Waage fallen lassen und ist offen ins Lager Orléans übergegangen, wie die Gründung verschiedener konservativer Vereine im Industriegebiete beweist.

Trotzdem möchten wir an eine Waffemannreise nicht glauben, weil sich das Entgegenkommen dieser nationalliberalen Parteiliche gegenüber reaktionären Strömungen bisher stets als nahezu grenzenlos erwiesen hat. Viel eher scheint die Meldung der Kreuzzeitung eine Mine zu sein, dazu bestimmt, die angeklagte Arie erst herbeizuführen und die nationalliberale Partei in die Luft zu sprengen. Geht aber die nationalliberale Partei wirklich in Trümmer, was wir nur herzlich wünschen können, so werden es nicht die Junker sein, die den Vorteil davon haben!

Deutsches Reich.

Großindustrie und Arbeitskammern.

Der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ — dort kurzweg der Verein mit dem langen Namen genannt — hat seine Ansichten über die Arbeitskammern in einer Resolution niedergelegt, die von Anfang bis zu Ende den Geist der verächtlichsten Unduldsamkeit atmet. So heißt es u. a.: „Als eine Verleumdung muß vor allem die Bestimmung des § 3 gerechnet werden, nach der die Arbeitskammern auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken verpflichtet sind. Daß Tarifverträge für den bei weitem ausschlaggebenden Teil der Großindustrie undurchführbar sind, und die Abschluß zu den größten Unzulänglichkeiten führen würde, haben wir oft genug nachgewiesen. Jene Bestimmung im § 3 würde also von vornherein eine Quelle des Zwistes in den Arbeitskammern sein, deren Zweck dahin gehen soll, eine Eintracht des Friedens zu sein. Die Verpflichtung der Arbeitskammern, die Eintracht von paritätischen Arbeitsschlichtern zu fördern, sowie die Ermöglichung der Veranstaltung von Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Arbeitskammern rechnen wir ebenfalls dahin und beziehen uns diesbezüglich auf die früher von uns gefassten Beschlüsse.“

Auf der bevorstehenden Tagung der Scharmacher sollen diese Beschlüsse eingehend erörtert werden und die Kreuzzeitung berichtet auch bereits: „Das Ergebnis dieser Tagung wird jedenfalls bei der parlamentarischen Behandlung der betreffenden Gesetzesentwürfe die gebührende Berücksichtigung finden müssen.“ — Krautjunker und Schloßjunker vereint gegen die Interessen der Arbeiterklasse!

Ein deutsch-ägyptisches Handelsabkommen ist gestern in Kairo von dem dortigen leitend-deutschen diplomatischen Agenten und dem Vertreter der ägyptischen Regierung unterzeichnet worden. Dadurch wird die Dauer des bisherigen Handelsabkommens bis Ende 1917 verlängert.

Ein Gesetz über die Feuerbestattung in Preußen. Eine Korrespondenz teilt mit, daß ein Gesetzentwurf über die Zulassung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen bis auf einige Punkte, über die noch Erwägungen schweben, abgeschlossen ist. Der Entwurf werde aber dem Landtage vorläufig nicht zugehen. Die Staatsregierung wolle vorher erst noch genauer die Stellung der Parteien zu dieser Frage kennen lernen.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Hermes ist Sonnabend nachmittag 5 Uhr an einem Schlaganfall gestorben. Er nahm noch bis zu Beginn der Osterferien an den Reichstagsitzungen teil, am Sonnabend zeigte ihn ein letztes Unwohlsein, das zu dem Schlaganfall führte. Hermes ist 71 Jahre alt geworden. Er gehörte dem Reichstage von 1881—84 und ununterbrochen seit 1887 an. Auch

dem preussischen Abgeordnetenhaus hat Hermes 12 Jahre lang als Vertreter des ersten Berliner Landtagswahlkreises angehört. Hermes war ein Freund mit Richter und Vorhies; er hat in der ehemaligen Fortschritt- und späteren freisinnigen Volkspartei eine ziemlich feste Nische eingenommen. Durch seinen Tod macht sich eine Reichstagsabgabewahl im schlesischen Kreise Jauer-Bollnahn notwendig. Bei der Wahl 1907 erhielt im ersten Wahlgang Hermes 5728, der Freisinnige 5050, der Sozialdemokrat 5019 und der Zentrumskandidat 4307; in der Stichwahl siegte Hermes mit 9340 gegen 7495 freisinnige Stimmen.

Kleinenunterstützung und Wahlrecht im Anhalt. Der anhaltische Landtag nahm einen Gesetzentwurf an, der die Beschränkungen beseitigt, die bisher Empfängern von Kleinenunterstützungen die Ausübung des Landtags- und Gemeindevahlrechts unmöglich machten.

Aus der Bremer Bürgerwehr. Die Lehrentwägungen in Bremen haben die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerwehr veranlaßt, einen Antrag einzubringen, nach dem der § 25 des bremischen Beamtengesetzes dahin erweitert wird, daß in der „politischen und religiösen Betätigung der Beamten innerhalb des staatsrechtlichen Rahmens“ eine Verletzung des vorgeschriebenen Verhaltens nicht erklart werden kann. Ferner fordert die sozialdemokratische Fraktion die Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit.

Wahlrechtsdemonstrationen vor den Berliner Gerichten. Am Sonnabend fand die erste Gerichtsverhandlung gegen einen der strikten Teilnehmer an den Wahlrechtsdemonstrationen der letzten Woche statt. Es handelt sich um die Demonstration vom 13. Februar und angeklagt ist der 29jährige Arbeiter Anton Woytke. Er soll die Polizei beleidigt, einen tätlichen Angriff auf den Schupmann unternommen, Widerstand gegen die Staatsgewalt verübt und endlich den Schupmann mit Nord bedroht haben. Woytke befand sich in dem Demonstrationszug, der durch die Straßen von Nixdorf zog; bei einem Zusammenstoß mit der Polizei soll er zwei Schupmannen das Wort Stuhnduude zugerufen haben, ferner habe er die Schulleute bedroht, ihnen zugerufen Ich schlage dich tot; auch habe er einen Mauerstein aufgehoben, um ihn auf den Schupmann zu schleudern, ist aber daran von einem anderen Polizisten gehindert worden und endlich soll er bei seiner Verhaftung Widerstand geleistet haben. Woytke gab vor Gericht an, er sei betrunken gewesen und könne sich auf nichts besinnen. Der Staatsanwalt hielt ihn in vollem Maße für schuldig und beantragte fünf Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis. In der Begründung heißt es, angeklagter könne Woytke wohl gewesen sein, aber nicht sinnlos betrunken. Er habe sich eines schweren Exzesses schuldig gemacht, der um deswillen eine besonders exemplarische Bestrafung erfordere, da die Schupleute bei ihrem schweren Dienst mit aller Energie in Schutz genommen werden müßten.

Die ersten Verhandlungen, gegen Teilnehmer der Wahlrechtskundgebung vom 6. März werden am Montag, Dienstag und Donnerstag dieser Woche gegen die Arbeiter Scheffler, Gerber und Redler stattfinden. Es handelt sich dabei um Vorbestimmungen in Treptow und an der Schließlichen Brücke. In den Fällen, die sich bei dem weit interessanteren Wahlrechtsparagang im Tiergarten ereignet haben, hat es die Polizei mit der Erstattung von Anzeigen offenbar nicht so eilig gehabt, denn bisher ist Anklage nicht erhoben worden.

In Breslau standen am Sonnabend wieder mehrere Teilnehmer an Streikendemonstrationen vor dem Schöffengericht, die durch Schwänken des Hutcs und Hochrufe groben Unfug verübt haben sollten. Die Angeklagten wurden entgegen der Auffassung des höchsten preussischen Gerichts, das in Hochrufen groben Unfug nicht zu erblicken vermag, verurteilt und zwar wurden Geldstrafen von 15 Mark und in einem Falle eine Woche Haft festgesetzt. Das Gericht stützte sich hierbei auf ein Reichsgerichtsurteil aus dem Jahre 1892, also aus der Zeit unmittelbar nach dem Sozialistengesetz (§), wonach die bloße Teilnahme an sozialdemokratischen Kundgebungen als grober Unfug zu betrachten ist, da durch Kundgebungen sozialdemokratischer Natur die übrige Bevölkerung sich belästigt und demühtigt fühlen kann!

Rußland.

Sturm in der Duma. In der Reichsduma erklärte am Sonnabend während der Beratung des Etats der Unterrichtsverwaltung Burischewitsch, auf den russischen Hochschulen gäbe es nichts als Stimmenergebnis. Auf der linken Seite entstand ein ungläubiger Lärm, der in anhaltendes Geschimpfe zwischen der Linken und der Rechten überging. Der Sozialdemokrat Gregorichlori rief Burischewitsch „Schurke“ zu, der Extremrechtler Timoshin erwiderte den Ruf, worauf Präsident Fürst Wolostsch beide Abgeordnete für zwei Sitzungen auszusperren beantragte. (Stimmlicher Beifall, Schmäufe im Zentrum, betäubendes Pöbelschreien links.) Mit den Stimmen des Zentrums, der Nationalisten, der Kadetten und der Progressiven wurden beide Abgeordnete auf zwei Sitzungen ausgeschlossen. Das Mitglied der Arbeitergruppe Bullat erklärte von der Rednertribüne aus, daß er den Worten bestimme, welche von den Ausgesprochenen gesagt worden seien, und unter fortwährendem Lärm wurde er auf Vorschlag des Präsidenten auf 15 Sitzungen ausgeschlossen. Burischewitsch versuchte darauf, seine Rede fortzusetzen, wurde aber von den Sozialdemokraten daran gehindert, von denen einer nach dem andern erklärte, Burischewitsch werde nicht reden. Einer nach dem andern wurden vom Fürsten Wolostsch für eine Sitzung ausgeschlossen. Dagegen legte der Präsident bringe die Duma in eine unumgängliche und erwidrigende Lage. Deswegen wurde auch er mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten für eine Sitzung ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten suchten fort, zu erklären, sie würden Burischewitsch

nicht sprechen lassen. Kadett Schingarew erklärte, die gesamte Kadettenfraktion schließe sich der Ansicht an. Die Sitzung wurde unterbrochen. Als nach Wiederöffnung Burischewitsch abermals die Rednertribüne betrat wurde er von suchbarem Lärm empfangen. Ein Sozialdemokrat schrie: Wir werden Burischewitsch nicht reden lassen. Er wurde vom Präsidenten für zwei Sitzungen ausgeschlossen. Unter betäubendem Geschrei und dem Geschrei der zehrenden Pulte verlas darauf Burischewitsch etwas vom Blatte, während die Rechte die Tribüne umdrängte, um hören zu können. Nachdem Burischewitsch zu Ende gelesen hatte, warf er das Blatt dem Stenographen zu und verließ unter lärmendem Beifall der Rechten und dem Geschrei der Linken die Tribüne. Sodann ging die Duma zur Tagesordnung über.

Gewerkschaftliches.

Mandatsentziehung der Arbeiterauschüsse in den engl. Gassenlaten Groß-Berlins. Zum Protest gegen die fortgesetzte Ablehnung aller Anträge und der Weigerung der General-Direktion, mit den Obleitern der Arbeiterauschüsse zu verhandeln, beschloß eine Versammlung der Arbeiter aller Betriebe, die Arbeiterauschüsse aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen. Die Ausschüsse sind dieser Anforderung nachgegeben. Dies ist das Fazit eines vierwöchigen Bemühens, Mittelsteute zwischen Direktion und Arbeiterchaft zu sein.

Die Lopezler in Bremen haben am Freitag ihre Lohnbewegung mit Erfolg zu Ende geführt. Für die beiden ersten Gehaltsjahre wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfg. für ältere Gehilfen eine Erhöhung um 5 Pfg. pro Stunde erungen. Außerdem wurde die Arbeitsarbeit völlig ausgemergelt.

Die Gärtner in Bremen beschloßen, Freitag abend in den Streik einzutreten. Seit längerer Zeit waren Verhandlungen über die Aufbesserung der Lohns und Arbeitsverhältnisse im Gange, die aber in der abnehmenden Haltung der Innungsmeister, die nicht einmal mit dem Gausleiter verhandeln wollten, scheiterten. Wo 14tägige Kündigung besteht, wurde Sonnabend, wo eine achtwöchige Kündigungsfrist vereinbart ist, wird nächsten Sonnabend Kündigung eingereicht. Zugang nach Bremen ist fernzuhalten.

Ausperrung der Dachdecker. Bei der Firma George Jüdenburg wurden Sonnabend früh sämtliche Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, mit einem Geblende, der den Zwischenträger spielt, zusammen zu arbeiten. In Betracht kommen Dachdecker, Klempner, Dachpappfabrikarbeiter und Hilfsarbeiter. Betroffen sind etwa 60 Mann. Zugang ist fernzuhalten. Die arbeiterfreundliche Preisse wird um Abend gegeben.

Der Streik bei der Westf. Metallindustrie in Kippladt, an dem 150 Arbeiter beteiligt waren (in der Wehrhaldenstraße Arbeiter), ist nach dreiwöchentlicher Dauer, durch das vermittelnde Eingreifen des Bürgermeisters Noß und durch beiderseitiges Entgegenkommen, zur Zufriedenheit der Beteiligten beendet worden.

Zum Streik im Rindorfer Krankenhaus. Der Streik ist beendet. Es gelang der Verwaltung leiter die Stellen der Streikenden zu besetzen. In der Krankenhaus-Deputation kam am Freitag die Angelegenheit zur Sprache. Das rigorose Vorgehen des Direktors Noß, besonders in der Urlaubsfrage, wurde allseitig gerügt. Es soll in Zukunft den Wünschen des Personals Rechnung getragen werden. Damit ist die Bewegung doch nicht erfolglos gewesen.

Sokales.

Mont, 21. März.

Eine Sitzung des Gemeinderats findet morgen nachmittag statt. Tagesordnung: 1. Erstattung von Straßerkontrollen; 2. Bürgerrechtserstellungen; 3. Postkasten; 4. Feuerwehrammshausen betr.; 5. Verschleiß.

Das neue Schulgesetz für das Herzogtum Oldenburg tritt mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Eine sozialdemokratische Gemeindevorsteherkonferenz beschloß sich gegen die heutige Beilage. Einem Bericht finden unsere Leser in der heutigen Beilage. Da das Gesetz allgemeines Interesse beansprucht, beginnen wir in nächster Nummer mit dem Wortlaut deselben. Das Gesetz ist auch zu beziehen durch die Buchhandlungen.

Die vom heiligen Gemeinderat gewählte Kommission zur Vorbereitung der Lebensnahrung der Schulen auf die Gemeinde tritt Mittwoch nachmittags zusammen.

Der Kreis-Schulinspektor für Kältrigen, Herr Witte, wird zum 1. April nach vierjähriger Tätigkeit hier selbst nach Oldenburg versetzt, um die dort neu geschaffene Kreis-Schulinspektion zu übernehmen. „Die Lehrerschaft Kältrigen“ — so wird in einer Notiz im Wilhelmsh. Tagbl. bemerkt — sieht ihn nur ungern scheiden, da er durch sein reiches Wissen, seine unermüdete Arbeitskraft, das lebhafteste Interesse für die Schule und ihre Lehrer und endlich durch die wohlwollende und lebenswürdige Art in dem dienstlichen Verkehr mit ihnen in hohem Maße ihre Achtung und ihr Vertrauen gewonnen hatte. Wo es galt, Interessen der Schule zu fördern, hand er jederzeit mit Rat und Hilfe zur Verfügung. Dankbar wird es allgemein anerkannt, daß Herr Kreis-Schulinspektor Witte eifrig bemüht war, die Leistungen der Kältrigen Volksschulen zu heben. Der unter seiner Leitung geschaffene neue Lehrplan für die Kältrigen achtstufigen Volksschulen, dem man vielfach auch auswärts besondere Beachtung geschenkt hat, sollte diesem Zwecke dienen. Auch die Bürger-Schulen unterstützen seiner Inspektion.

Am Sonnabend hatte sich die Lehrerschaft Kältrigen zu einer Abschiedsfeier im Parkausflugslokal versammelt. Es waren etwa 120 Personen anwesend. Hauptlehrer Wüller aus Depens hielt eine Ansprache an den Scheidenden. Dieser erwiderte und wünschte den Lehrern in Kältrigen eine gute Zukunft. Der Amtshauptmann widmete dem Scheidenden ebenfalls Worte der Anerkennung.

Lohnbewegung der Transportarbeiter. Der Verband der in Handels-, Transport- und Verkehrsberufen von...

Die Gartenbantologie „Lebensborn“ hielt am Freitag, dem 18. d. M. im Jochendischen Hof ihre ordentliche...

Zehrpfeiler. Zwei Reisende, die im Hotel Zur Stadt Braunschweig (Ww. Voh) acht Tage logierten, sowie gegessen...

Prinzessin Potshuntas, die indische Nachtigall, absolviert ein achtstündiges Weltspiel im Variété Alder. Die...

Durch die indische Nachtigall hat das prächtige Osterprogramm des Variété Alder noch eine außerordentliche Erweiterung erfahren. Wir finden das wirklich erstklassige...

Die Hebung der Armen- und Gemeindefinanzen, sowie der Schulanlagen und Kirchensteuer für das 4. Vierteljahr 1909/10 findet im hiesigen Ratssaal, Zimmer Nr. 6, vor...

Wilhelmshaven, 21. März.

Die Betriebskrankenkasse der Marinestation der Nordsee hielt am Sonnabend, 19. d. M., ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen: Der...

In der sich an den Vorstandsbericht anschließenden Diskussion wurde wieder wie im Vorjahre gewünscht, Röhrenmittel, wie Milch und Eier, für Kranke zu gewähren anstatt...

Als Beisitzer des Kassenvorstandes wurden gewählt die Mitglieder Otten, Kohlenstein, Osterkamp und Krenpe; als...

Ein hoher Kunstgenuss wird am Karfreitag abend 7 Uhr in Burg Hohenzollern geboten. Der heilige Dratorienchor wird unter Mitwirkung der Gesäin Marie Louise zu...

Schengewordene Pferde. Eine aufregende Szene ereignete sich in der Marktstraße. Dort wurden die in der...

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen der Ehefrau Agnes Bille, Oldenburger Straße 17, am 17. März...

Heppens, 21. März.

Brände. Am Sonnabend entfiel in einem Hause der Gölterstraße bei den Katernen ein Eisenbrand. Kinder hatten in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern gespielt...

Aus dem Lande.

Accum, 21. März.

Ländliche Armenpflege. Wir wollen nicht generalisieren; aber es kommen häufig auf dem Lande Fälle vor, die in der Pflege und Unterstützung der Hilfsbedürftigen Armen...

Oldenburg, 21. März.

Die Generalversammlung des Konsumvereins in Doodt's Establishments am Sonnabend abend war von über 200 Personen besucht. Bei der Größe des Vereines ist der...

Bilanz genehmigt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Hoopst, Heitmann, Klein wurden mit großer Majorität wiedergewählt. — Die Geschäftsleistung der...

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Ein aus Babel kommen' des Mädchen nahm sich in Oldenburg durch Ertrinken das Leben. Ihre Leiche wurde in der Saare angetrieben. — Die...

Aus aller Welt.

Ein Vulkan wieder in Tätigkeit. Aus Singapore schreibt man: Der Krater Tomah auf der Insel Buru (Molaffen) ist wieder in Tätigkeit. 200 Eingeborene sind...

Eine spanische Liebestragödie. In Canabeda in der Provinz Avila ereignete sich Donnerstag eine blutige Liebestragödie. Das schönste Mädchen des Ortes wurde von zwei...

Fabrikbrand. Aus Newyork wird gemeldet: Ein zehnstöckiges Fabrikgebäude geriet durch Explosion in Brand. 800 Mädchen suchten sich in wilder Flucht zu retten, bis...

Kleine Tageschronik. Starke Schmelzfall in der Nacht zum Sonnabend wird aus Berlin und einem Teil von Norddeutschland gemeldet, der mehrere Betriebsstörungen hervorrief. — Der...

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 21. März. Die Subskription zur Errichtung einer Zeppelin-Halle in Hamburg hat bereits die Höhe von 500 000 Mark erreicht.

Badapest, 21. März. Von einem Lokalsuge entgleisten heute vor der Einfahrt in den Westbahnhof vier Wagen, wobei eine Frau getötet und mehrere andere Fahrgäste verwundet wurden.

Paris, 21. März. In Crucy wurde der Friedensrichter Mettaoam und der Gerichtsschreiber Lafage verhaftet wegen Unterschlagungen von Rändelgeldern in Höhe von 3400 Francs.

London, 21. März. Der englische Passagierdampfer Concomara, der mit 28 Passagieren von Orenose nach Holyhead dampfte, stieß mit dem englischen Dampfer Morques of Bute zusammen. Letzterer sank in vier Minuten. Seine Mannschaft wurde von eigenem Kanonenschiff gerettet.

Gen, 21. März. Zur Zeit wird bei den Volkstämmlern der heilige Krieg gegen Frankreich gepredigt.

Yokohama, 21. März. Bei einer großen Feuerbrunst wurden 500 Häuser zerstört. 3000 Menschen wurden obdachlos.

Schwäffer.

Dienstag, 22. März: vormittags 11.00, nachmittags 11.24

Arbeiter, meidet die Doornkaat-Getränke und die Doornkaat-Lokale solange die Doornkaats die organisierte Arbeiterkraft meiden.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Jacob in Bonn. Verlag von Paul Hug in Bonn. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bonn

Dierzu eine Beilage.

Zum Osterfest

empfehlen in reicher gediegener Auswahl:

Oster-Eier :: Oster-Hasen :: Hennen :: Küken

in Schokolade, Zucker und Marzipan in allen Preislagen.

Stets frisch im Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Denecke & Co. Schokoladen- und : Zuckerwarenfabrik

Wilhelmshaven :: Marktstrasse 26a.

Die Leser dieser Zeitung

sind im Bedarfsfalle auf die Firma

Strauss & Co., Marktstr. 29a

gegenüber der Kleter Straße, aufmerksam gemacht. Man findet dort eine großartige Auswahl besonders guter Kleiderstoffe, Bett-, Wäsche- und Baumwollwaren, Wäsche, Hüte, Kravatten, Herren- und Knaben-Garderoben. Die Preise sind wirklich billig und ist die Bedienung streng reell.

- Buchomade Dose 15 Pf., Schmirgel 1 Bogen 5 Pf.
- Möbelpolitur-Pomade 1 Dose 20 Pf.
- Buchstabe Stück 15 Pf., Seesand.
- Böhner-Masse 1 Pfd.-Dose 70 Pf., 1/2 Pfd.-Dose 40 Pf.
- Sondin (bester Dfenpuh) 1 Dose 8 und 20 Pf., 1 Duzend 85 Pf. und 1.80 Mk.

J. H. Cassens, Schaar und Bant, Peterstraße 42.

Varel. Wirtschafts-Übernahme. Varel.

Mit dem heutigen Tage übernahm ich den bis jetzt von Herrn Gastwirt **Lenjauer** geführten

Gasthof zum Lindenhof.

Indem ich für gute Speisen und Getränke stets Sorge tragen werde, zeichne Hochachtungsvoll

Karl Lammers.

Varel, den 21. März 1910.

Banter Volksküche.

Mellumstraße.

Dienstag: Weiße Bohnen mit Rindfl.

Nordenham.

Achtung!! Maurer u. Bauhilfsarbeiter.

Dienstag den 22. März, gleich nach Peterabend, um 6 1/2 Uhr: **Gemeinschaftliche**

Bersammlung

bei Joh. Kohnerd.

— Tages-Ordnung: —

Die Situation im Baugewerbe. Kollegen, die Zeit ist ernst, darum fehle keiner in dieser Bersammlung. **Die Vorstände.**

Zugelaufen ein Duhn. Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten **Hewens, Ulmenstraße 12.**

Empfehle mich zu allen **Reparatur-Arbeiten an Häusern**

besonders

zu **Kanalisationsarbeiten.** **Erich Meyer, Maurer, Werftstraße 56.**

Verband der Zimmerer.

(Zahlstelle Wilhelmshaven.)

Die arbeitslosen Mitglieder haben sich am Mittwoch den 23. d. Mts., abends von 7 bis 8 Uhr, im Bureau zu melden. Kranke durch Familienangehörige oder durch Postkarte. Porto wird ersetzt.

Der Vorstand.



Täglich abends 8 Uhr: **Das glänzende Oster-Programm!**

Jeden abend 10 1/2 Uhr:

Pokahuntas die indische Nachtigall.

Startenverlauf nur im Adler. Loge 1.50 Mk., Parterre 75 Pf., Gallerie 50 Pf., Galerie 30 Pf.

Achtung Bau- u. Erdarbeiter!

Auf die am Dienstag den 22. März cr., abends, in **Sadewassers Livoli** stattfindenden

Versammlung

wird dringend aufmerksam gemacht. Keiner fehle! **Der Vorstand.**

Mein Kinder- und Sportwagen-lager

bietet die grösste Auswahl.

Nur diesjährige Muster. **Erstklassiges Fabrikat. Billige Preise.**

J. Egberts

Grosses Geschäftshaus.

:: 10 öffentliche :: politische Versammlungen

— Tagesordnung: —

Die politische Lage und die Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagskandidat **Paul Jung, Bant.**

- Jeder. Montag den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Traube.
- Varel. Dienstag den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Schütting.
- Auguststern. Mittwoch den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wirt Mäder.
- Daugastermoor. Freitag, 25. März, nachm. 5 Uhr, im Fürsten Bismard.
- Nordenham. Dienstag, 29. März, ab. 8 Uhr, im Festschen Hof (Hinsche).
- Einwarden. Mittwoch, 30. März, abends 8 1/2 Uhr im Livoli (Roth).
- Braße. Donnerstag, 31. März, abends 8 1/2 Uhr bei D. Deder.
- Abbehausen. Freitag, 1. April, abends 8 Uhr bei Wirt Strudthoff.
- Nordenkirchen. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr bei Wirt Kohls, Strohausen.
- Gieseth. Sonntag, 3. April, nachmittags 4 Uhr, bei Wirt Paul Meyer.

In allen Versammlungen freie Ansprache.

Zu diesen Versammlungen ist jedermann, auch die Frauen, freundlichst eingeladen.

Der Einberufer: **H. Schulz, Bant, Peterstr. 22.**

Todes-Anzeige.

Nach langem schwerem Leiden verstarb am Sonnabend nachm. 1 1/2 Uhr meine liebe Frau u. meines Kindes treue, ergebenste Mutter, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin

Anna Janssen geb. **Glanhen**

im 25. Lebensjahr. Dies bringen tiefbetrübt mit der Bitte um stille Teilnahme zur Anzeige **Bant, den 21. März 1910.**

Bernh. Jonhen u. Angehörige. Die Beerdigung findet Mittwoch den 23. März, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Weststrahlenhause aus nach dem alten Banter Friedhofe statt.

Todes-Anzeige.

Am 19. ds. Mts., abends 7 Uhr, verstarb nach langem schwerem Leiden unserer liebe Sohn und Bruder

Wilhelm

im blühenden Alter von 23 Jahren. Dieses bringen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt zur Anzeige

Carl Ernst und Frau nebst Kindern u. Verwandten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 23. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Kaiserstr. 134, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Nordenham-Wilhelmshaven.



Nachruf.

Wester verstarb nach längerem Krankenlager der Kollege

Wilhelm Ernst

welches wir hiermit unseren Mitgliebrn zur Kenntnis bringen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 2 Uhr, vom Sterbehause, Wilhelmshaven, Kaiserstraße 134, aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Verband der baugewerb. Hilfsarbeiter

Zweigverein Wilhelmshaven.



Nachruf!

Nach langem Leiden starb unser Mitglied

Hermann Cölsmann

im 20. Lebensjahr.

Die Kollegen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Verlust unserer lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. **Wilhelmshaven, den 21. März 1910.** **Joh. Grünweg** nebst Kindern.

Das neue Schulgesetz für das Herzogtum Oldenburg.

Am 1. Mai tritt im Herzogtum Oldenburg das vom Landtag beschlossene neue Schulgesetz in Kraft, nach dem die Volks- und Mittelschulen auf die politischen Gemeinden übergehen. Da sich die Gemeindevertretungen nunmehr mit der Wahl des neuen Schulvorstandes befassen müssen, so erschien es für die Leitung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den zweiten oldenburgischen Wahlkreis angebracht, daß sich eine Konferenz von Kommunalvertretern mit dem Schulgesetz beschäftigte, und zwar, weil auf dem letzten Landesparteiabend beschlossen worden war, in allen Bezirken **Kommunalvertreter Konferenzen** einzuberufen, die sich mit detaillierten kommunalen Themen befassen sollen.

Eine solche Konferenz für Rastlingen und Umgegend fand am Sonntag den 20. März vormittags in Halwelanda lokale statt. Sie war besucht von 33 Vertretern aus Bant, Heppens, Reuende, Sande, Schotens, Dangast und Varrel.

Nach der Bildung des Bureaus hielt Genosse Schulz-Bant, der im Verwaltungsausschuß des Landtages das Schulgesetz mit beraten hatte, einen instruktiven Vortrag über das Gesetz.

Er ging zunächst auf die Geschichte des neuen Schulgesetzes ein. Schon zu wiederholten Malen hatten Sozialdemokraten und Liberale im Landtage vergeblich versucht, an Stelle des alten unzeitgemäßen Schulgesetzes, das noch aus dem Jahre 1855 stammt, moderne Bestimmungen für die Schulen zu schaffen. Erst nach der letzten Landtagswahl bequimte sich die Regierung, nachdem der Landtag vorher die Tangen'schen Entwürfe angenommen hatte, ein neues Schulgesetz dem Landtage vorzulegen, das aber alle zum mindestens liberalen Erwartungen enttäuschte und nur in Nebenfragen den Tangen'schen Entwürfen entsprach. Es handelte sich für uns nicht nur um eine Reform, sondern um den Ausbau des Volksschulwesens als den Unterbau des gesamten Bildungswesens im Staate. Der Abg. Tangen hatte dem vorhergehenden Landtage seine bekannten sieben Leitsätze vorgelegt, die ein mögliches liberales Schulprogramm bildeten und die im günstigsten Sinne nur eine liberale Schulreform waren, die heute von den Liberalen allenthalben vertreten wird. Die Leitsätze enthielten Aufhebung der Schulgassen und Uebertragung der Verwaltung, der Unterhaltung und des Ausbaues der Schulen auf die politischen Gemeinden; Bildung eines Schulvorstandes aus den Gemeindevertretungen mit dem Gemeindevorsteher oder Bürgermeister als Vorsitzenden; Freisauftritt anstelle der bisherigen geistlichen Schulaufsicht; Erhaltung der Kinderzahl in den einzelnen Klassen; Schaffung von Anstellungsklassen an höhere Schulen; obligatorischen Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter; mögliche Selbstverwaltung; Anwendung des Verwaltungsverfahrens.

Die Liberalen begrüßten die Leitsätze Tangens und hofften, daß der Landtag ihnen voll und ganz entsprechen würde. Wir Sozialdemokraten sehen prinzipiell auf dem Standpunkt der Staatschule, d. h. der Staat als Verwalter der

Allgemeinheit, wie wir ihn uns vorstellen, hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder der Gesellschaft eine abgeschlossene Bildung erhalten. Der Staat hat diesen Grundgedanken auch anerkannt durch die Einführung der Schulpflicht; aber er kommt dieser seiner Verpflichtung nicht nach. Wir sehen, daß die Volksschule vernachlässigt wird, im Gegensatz zu den höheren Schulen.

Wir verlangen die konfessionslose Einheitschule und anschließend eine organische Entwicklung des Volksschulwesens zu den höheren Schulen für alle befähigten Schüler ohne Unterschied. Der Staat soll auch verpflichtet sein, die gesamten Kosten für eine solche Ausbildung zu tragen.

Wir suchen nun im Landtage die Tangen'schen Leitsätze zu erweitern. So wollten wir, daß der Schulverband der Träger der Schulen werden sollte, nicht die Gemeindevorstände, die einzelne zu stark belastet werden. Auch der Landeslehrerverband verlangte den Amtsvorstand als Schulverband. Wir verlangten ferner eine Detachierung der Höchstzahl der Schüler in den einzelnen Klassen und stellten den Antrag auf Veränderung des Abschnittes V des Staatsgrundgesetzes und Trennung von Staat und Kirche und Schule. Sämtliche Anträge wurden, auch von den Liberalen, abgelehnt.

Die Regierung hat nicht einmal den Forderungen der Liberalen Rechnung getragen. Das hat selbst Tangen im Landtage zugeben müssen. Der neue Zustand befriedigt daher durchaus nicht. Ein Fortschritt ist allerdings die Vereinheitlichung der Schulverwaltung, die bisher in den Schulgassen lag. Die Schulen gehen am 1. Mai auf die Gemeinden über. Es gibt also dann nur noch eine Korporation statt zwei; die kommunale Vertretung bildet gleichzeitig den Schulausschuß. Früher waren auch nur die konfessionellen Mitglieder der Gemeinde zum Schulausschuß wahlberechtigt und wählbar; diese hatten also nur Einfluß auf die Schule; heute aber alle wahlberechtigten Gemeinbürger.

Als ein großer Mangel des Gesetzes ist aber anzusehen, daß die geistliche Schulaufsicht nicht beseitigt ist; der streng konfessionelle Charakter der Schule, der bisher bestand, ist beibehalten, ja er ist noch verschärft worden. Der Geistliche ist der Herr der Volksschule. Die konfessionelle Gliederung hängt schon bei den oberen Schulbehörden an. Nach § 7 haben die oberen Schulbehörden das Recht, durch den Geistlichen zu jeder Zeit den Religionsunterricht kontrollieren zu lassen. (Zuruf: Unerbört!) Wir wollten den Amtshauptmann, den Schularzt, den Schulinspektor, den Lehrer und vor allem das Valenelement in den Schulvorstand bringen. Nach dem neuen Gesetz fehlt im Schulvorstand aber eine der Hauptpersonen, nämlich der Schularzt, der schon aus hygienischen Gründen gefordert werden muß. Weiter fehlt der Kreisinspektor, der seinen Sitz im Schulvorstand erhalten hat. An Stelle dieser beiden Personen tritt der Geistliche. Weiter können in Städten außer dem Bürgermeister die beiden Hauptlehrer und zwei bis vier Gemeinbürger in den Vorstand kommen. In Gemeinden ist der Gemeindevorsteher der Vorsitzende. Es kann aber durch die Gemeindevertretung auch eine andere Person als Vorsitzender bestimmt werden. In vielen Fällen wird daher

auf dem Lande der Vorzug dem Pastor gegeben werden, da vielerorts nur der Geistliche als die einzige intellektuelle Persönlichkeit auf diesem Gebiete für den Posten in Frage kommt. Die Volksschule wird also dort der Geistlichkeit ganz ausgeliefert und die Drangsalierung der Lehrer und Schüler wird in schwarzen Gegenden nicht ausbleiben. Um Derartigem vorzubeugen, verlangte die sozialdemokratische Fraktion im Landtage den neuen Amtshauptmann als Vorsitzenden neben dem nötigen Valenelement im Vorstand.

Auch müssen in Orten, wo in mehreren Gemeindeflecken Schulen bestehen, Ortskommissionen gewählt werden. Der Lehrer Hof wandte sich im Landtage ganz energisch gegen diese Kommissionen, da das Schulgesetz dadurch noch reaktionärer gestaltet werde als das alte.

Nun die Schulaufsicht. Bisher wurde die geistliche Schulaufsicht sehr milde ausgeübt; jetzt liegt sie aber geleglich fest. Früher hatte der Lehrer eine dreifache Aufsicht, nämlich durch den Amtshauptmann als Vorsitzenden des Schulvorstandes, durch den Geistlichen und durch den Visitator. Heute ist die Aufsicht eine mehrdeutige Leichschade geworden. Es sind Aufsichtspersonen der Hauptlehrer, der Kreisinspektor, der Geistliche, der Gemeindevorsteher, der Generalinspektor und die örtliche Schulkommission, wo solche besteht. Der Lehrer Ahlhorn erklärte im Landtage, er könne sogar eine dughensache Aufsicht aus dem neuen Gesetz herausstellen. Daß dadurch die Arbeitsfreudigkeit der Lehrerschaft nicht vermehrt wird, liegt auf der Hand. Bezeichnend ist, daß der Geistliche ein bis vierklassige Schulen zweimal, fünf bis achtklassige viermal im Jahre besuchen muß, während der eigentliche Visitator, der Kreisinspektor, nur einmal im Jahre zu inspizieren hat. Auch hieraus sieht man, daß die Volksschule der Geistlichkeit ausgeliefert sein soll. Dazu kommt, daß die Aufsicht des Schulvorstandes nicht kollegial, wie dies in den Tangen'schen Leitsätzen verlangt wurde, ausübt wird. Es sollte der Gesamtvorstand die Aufsicht ausüben.

Eine Zersplitterung des Schulwesens wird durch § 29 herbeigeführt, wonach konfessionelle Minderheiten einer Gemeinde ihre eigene Schule sich schaffen können. Diese Bestimmung wird sehr ungünstig auf das gesamte Schulwesen in manchen Gemeinden wirken.

Das neue Gesetz verlangt weiter, daß für jede Klasse ein Lehrer angestellt werden muß; hieron kann aber abgesehen werden bei den unteren vier Klassen einer Schule. Diese Bestimmung wird die Lehrerversuch nicht mindern.

Wenn die nötigen Lehrkräfte und Staatsmittel vorhanden sind, sollen nach dem Gesetz die Klassen nicht mehr als 70 Kinder fassen; bei 80 Kindern in der Klasse müssen dann neue Schulen geschaffen werden. Das ist eine zu hohe Frequenz. Tangen verlangte in seinen Leitsätzen 60 Kinder als Höchstzahl einer Klasse.

Die Lehr- und Lernmittel für Unbemittelte sollten ohne weiteres auf die Gemeinde abnormen werden müssen — Nichterfüllt ist auch — im Interesse der Agrarier! — die Forderung der Beseitigung der Sommerferien.

Die Lehrerinnen sind etwas besser gestellt worden. Sie können an reinen Mädchen Schulen an allen Klassen unterrichten und auch Hauptlehrer werden. Aber an Schulen mit

Der Holzhändler.

Roman von Max Arxler.

(45. Fortsetzung.)

Rachdruck verboten

Während er ruhig und gelassen, breit und behäbig vor dem Grafen lag und sich aufs neue in geschäftlichen Erörterungen erging, mit den Zahlen förmlich geistigen Jangball spielte, als wäre er nur ganz bei dieser Sache, schweifte er in dem Zukunftsstills.

Die Reise nach Luxfelde wurde unternommen. Dulters hatte sich auszubenden, auf die Gastfreundlichkeit des Grafen verzichtend zu dürfen. Er fuhr jeden Abend ins Dorf, wo er mit einem elenden Gasthofzimmer vorlieb nahm, während sein Geschäftsführer, der er außer dem Regimente mitgenommen hatte, im gutsherrlichen Schlosse es sich bequem machen konnte. Was man so Schloß nennen durfte — ein großer, vierstöckiger Steinbau mit riesigen Bogenerfenstern und Ecktürmen an der Vorderfront. Seitdem Lux Witwer war, hatte er, wie alles übrige, auch das Wohnhaus vernachlässigt, das er eigentlich nur als Landadstiegequartier benutzte, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“.

Selbst die Einladung, das beste Zimmer beim Wirtschaftsinpektor zu wohnen, hatte Dulters mit dem höchsten Bedenken ausgeschlagen, daß es für beide Teile besser sei, wenn man so geschäftsmäßig wie möglich verkehre. Und so hatte Lux kein Wort mehr darüber verloren. Beide wußten: die Rechte der Radowska hand zwischen ihnen, die zum Abgrund ihrer Gefühle wurde.

Dieser innere Widerwillen Dulters' ging so weit, daß er selbst jeden galtsfreundschafflichen Indiz verwarf, ganz zu schweigen von der Wittagsstapel. Er wollte eben in dieser Beziehung ein für allemal mit Lux fertig sein. Er begnügte sich mit den Mahjettien im Dorfe, die allerdings auch nicht schlecht waren, denn für Geld war auch hier manches zu haben. Den Wirtschaftsobermann gegenüber wurde diese veränderte Lebensweise mit der Ausrede verdeckt, daß ein Millionär auch einmal im Winter seine Ruhe durchdauern könne. Am wenigsten verstand der Geschäftsführer sein Verhalten, der die tiefen Beweggründe dazu nicht kannte. „Er war doch sehr oft bei Ihnen zu Gast“, sagte er, „Sie würden sich sehr oft nicht das Geringste vergehen.“ Dulters erwiderte, daß er darin anderer Ansicht geworden sei. Er möchte den Grafen nicht noch mehr „be-

lasten“. Ledrigens sei es schon genügend, wenn einer die Firma Dulters würdig beim Essen im Schlosse vertretene.

Alles das machte ihm riesigen Spaß, wenn er daran dachte, wie bei seinem letzten Aufenthalt, als er im Schlosse Gast war, der Heißhief in Strömen floß. Ihm zu Ehren hatte Lux einige Gutsnachbarn eingeladen, die frühmorgens, als man die Weine nicht mehr aus dem Kopfe unterscheiden konnte, mit ihm lallend auf den zukünftigen Schwiegerater des „Potsdamers“ angetroffen hatten. Einer von ihnen, der lange Baron Volten, hatte ihm sogar die Bräutigamshand angeboten und ihn noch im Dunkeln in seinen Fortschritt führen wollen, wo „mächtig viel Mische“ zu holen wäre, wenn Dulters gleich den nötigen „Vorfuß“ leitete. Seine große Brietschle in der immer ein Valet mit „Sepialappen“ noch feilschgestreiftbändert von der Reichskant, tückte, mußte dem Vangen wohl sehr in der Mäle gelegen haben. Und was den zukünftigen Schwieger anbetrifft, so hatte wohl Lux schon ganz gehörig damit gesunkent.

Wie sich nun mit einem Male alles geändert hatte! Jetzt ah er im Dorftrug an einem wadeligen Tisch, der auf sandgetreuter Diele stand, über die die „Kuffen“ liefen. Aber es besam ihm ganz gut. An gebratenen Hühnern und Tauben gab es nichts zu verfallen, und was den „Tropfen“ betraf, na, — dafür hatte Friedrich beizzeiten sorgen müssen, der einen kleinen Koffer mit Roten und Weißen vollgeprokopt hatte. Und die Riste mit dem „guten Tobak“ war auch nicht vergessen worden. Dabei hätte sich auch in Sibirien leben lassen. Er war doch immer der Schlaue.

Eines Vormittags, als der Geschäftsführer infolge einer Depesche Hermanns abgereist war, geriet Dulters mit dem Grafen wieder zusammen. Den Förster und den Regimente vor Setze, war man eine Stunde lang durch den Kiefernbestand geschritten, dessen gänzlichem Abtrieb dem Grafen sehr gelegen gekommen wäre. Aber so viel Dulters auch blinnte und musterte, er kam immer wieder zu dem Resultat, daß hier nicht mehr viel zu holen sei. Die besten Stämme hatte er schon gelassen, und was noch stand, war mager. Einige Laufend Mark wären mit knapper Not herausgekommen. Sein Ergebnis blieb immer daselbe: mehr Brennholz als Ruhholz.

Lux wollte ihm schließlich zureben, den Laubmoos drüben noch einmal vorzunehmen.

Dulters judte mit den Achseln. Dagegen müsse er als zukünftiger Hypothetengläubiger Einpruch erheben, und es wäre ja eine komische Sache, wenn er das gegen sich selbst täte. Ein schlechter Kaufmann, der eine Ware unter dem Fabrikationspreis verkaufe. So hoch, wie die verlangte Summe, sei übrigens der ganze Wald nicht verachtet. Er habe eine ganz genaue Kalkulation gemacht, was er im Laufe der nächsten Jahre alles schlagen könne, und da komme er so ziemlich auf seine Rechnung. Er wisse noch gar nicht mal, wieviel Stämme mit der Zeit noch krank würden, denn gegen die Macht der Natur gäbe es keine Salbe.

Lux schwieg sich eine Weile aus. Er kam sich gedemütigt vor, gerade diesem Manne gegenüber, der, ein ungeklärtes Verbrechen auf dem Gewissen, mit eisernen Sohlen über ihn hinwegschreiten wollte.

Wieder regte sich jener häßliche Gedanke in ihm, der ihn schon wiederholt bedrückt hatte: daß er Dulters doch eigentlich in seiner Gewalt habe, daß er ihn geistlich unmöglich machen könne, daß er ihm ein andermal, durch einige Federstriche sein und seines Kindes Lebensglück zu vernichten. Hatte er Rücksichten zu nehmen, wo ihm das Messer an der Kehle sah? Im Leben ging immer Gewalt gegen Gewalt. Wenn er ihn einmal diesen Druck fühlen ließe, ihm ebenfalls seine Bedingungen diktierte? Vielleicht würde er klein werden, und hätte er einmal A gesagt, dann würde er auch B sagen müssen. Arthur bekäme dann noch Ditz; wenn es auch nur eine Vermutende werden würde; man würde aus allen Sorgen kommen und Luxfelde und Ostendorf könnten den Gläubigern noch einmal entziehen werden. Namentlich diese Scholle hier, auf der drei Generationen unumhürnt geherchtet hatten.

Aber dieses unreine Gedankenbild währte nur einige Minuten, dann verblieb es und verlor in den Geheimnissen seiner Seele. Sollte er zum Exzeß werden einem Manne gegenüber, dessen Frau er verführt hatte? Unwillkürlich reckte er sich in die Höhe, schüttelte still vor sich hin den Kopf, als wollte er zu sich selbst diese Frage mit aller Bestimmtheit verneinen. Und was würde Arthur dazu sagen? Würde er ihn nicht tief verachten, wenn er erfuhr, daß seine Zukunft sich darauf aufbauen sollte?

Mit der Scham mischte sich plötzlich die Furcht vor Dulters, der träge und gleichgültig an seiner Seite dahin-



gemischten Klassen dürfen sie nur in den unteren vier Klassen unterrichten. Das ist nicht gut zu heißen.

Die Väter der Schule sind nach dem Gesetz in erster Linie nach der Einkommensteuer, die Sauslast aber nach der Gesamtsteuer aufzubringen, das letztere ist eine fernere Verschlechterung; doch kann auch ein anderer Modus für die Sauslast beschlossen werden, was zu empfehlen ist. So hat z. B. Preußen in der letzten Stadtratsung die Sauslast der Schulen auf die Grund- und Gebäudesteuer gelegt.

Die staatliche Beihilfe zu den Schreibegebühren in den einzelnen Orten bildet im Landtage einen Hauptstreitpunkt. Die Regierung wollte nur die Summe der Besoldungen, die über den neunmonatlichen Einkommensteuerbetrag (also über 75 Proz.) hinausgeht, auf den Betrag über 60 Prozent; Müller-Raabe kam dann mit dem Vermittlungsantrag von über 70 Prozent. Die Regierung blieb jedoch auf ihrer Forderung bestehen und wollte wieder das ganze Gesetz hieran scheitern lassen. Schließlich einigte sich der Landtag mit der Regierung auf 66 2/3 Prozent oder auf den achtmonatlichen Einkommensteuerbetrag. Die Kosten für Besoldungen, die also über diesen Einkommensteuerbetrag gehen, trägt der Staat.

Die Sozialdemokratie hat gegen das Gesetz gestimmt, weil es nicht den mindesten Anforderungen, die man an das Gesetz stellen, entsprach. Diese Ansicht hat auch der Landeslehrerconvent ausgesprochen. Trotz alledem haben wir uns mit dem Gesetz, so gut es geht, abzufinden, es zu studieren und das Schulwesen auf Grund des Gesetzes im Interesse der Kinder und der Allgemeinheit nach Möglichkeit auszubauen. (Beifall.)

In der dann folgenden lebhaften Diskussion wurde empfohlen, die Gemeinden möchten von der Gesetzsvorrichtung voll und ganz Gebrauch machen, nach der vier Gemeindeglieder in den Vorstand gewählt werden können. Das Hauptaugenmerk müsse darauf gerichtet werden, den Unbemittelten die Vermittlung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ebenso müsse gegen die Ueberfüllung der Klassen gewirkt werden. Manche Hauptlehrer belieben, an die unteren Klassen abzuschließen, während die oberen Klassen verhältnismäßig schwach besetzt sind. Ein Vertreter wünscht, daß in den Vorstand nur solche Gemeindeglieder gewählt werden mögen, die ihre Kinder in die Volksschule schicken.

Ein anderer Diskussionsredner hielt als die gerechteste Verteilung der gesamten Kosten der Schule diejenige nach der Gesamtsteuer. Bei der Tragung der Lasten müsse auch berücksichtigt werden, daß der Staatszuschuß zu den von der Oberbehörde als notwendig anerkannten Schulbauten auf den Betrag, der über den achtfachen Betrag der Grund- und Gebäudesteuer geht, beschränkt ist. Je niedriger also der Grundsteuerbetrag und je teurer die zu erhaltende Schule ist, um so höher wird der Staatszuschuß sein. Entgegen der landgetanen Meinung, nur Gemeindeglieder in den Schulvorstand zu wählen, deren Kinder in die Volksschule gehen, wurde von anderer Seite hervorgehoben, daß auch andere Personen recht großes Verständnis für die Volksschule bekämen. Angewandt wurde auch, das Schulgesetz auf Kosten der Gemeinden für die Gemeindevorsteher und die Schulvorstandsmitglieder zu beschaffen. Betont wurde schließlich noch, daß der Ballus von den als „notwendigen anerkannten Volksschulkosten“, die bei der Berechnung des Staatszuschusses in Betracht gezogen werden, ein wahrer Verdreh sei, der für die Schule sehr nachteilig werden könne. — In der weiteren Diskussion wurde bemerkt, daß die Sauslast hier in Thüringen

schon. Noch glaubte er den Grund an seinem Arm zu verspüren, als er ihn vor kaum zwei Wochen im Grunewald so eifrig gepackt hatte, noch sah er diesen Hercules vor sich, wie er sein Riesenhornstich an dem Wogen des Zauberschlüfers vorkührte.

Sie waren alleine im Walde, nicht weit vom Rande desselben, wo man durch die Säume die eindringende ostpreussische Landschaft sich behnen sah. Der Förster und der Regimenter waren im eifrigen Gespräch vorausgegangen. Dann waren beide hinter einer jungen Schomung unsichtbar geworden. Sie hatten nur noch gehört, wie der Grünrod laut gefagt hatte: „Aber Mannchen, das is ja jarnich so.“

Dem Kaiserwetter der letzten acht Tage war über Nacht aufs neue kalte Frost gefolgt, der den Boden mit Glätte überzogen und lange Eisrippen an den Werten der Bäume erzeugt hatte, die wie gefrorene Härte hernebedeckten. Mählich wehte der Wind von der Schneebedeckten Wiege herüber, die man große, schmutzig-graue Fiedle zeigte und dort, wo eine sanfte Schwellung vorhanden war, wie ein schwarzes, gekrümmtes Lingebeut sich ausnahm. Dann setzte sich bis zum Horizont die hier unzermehliche Schneedecke fort, nur unterbrochen durch lahes Buschwerk und die Giebel einiger Bauernhäuser. Ein Schwarm Krähen irrte über die Ebene und ließ sich nach einer Weile auf einer fahlen Stelle nieder.

Beide waren an einem verlorenen Ortgebiß angelangt, das einen tiefen, gefrorenen Tümpel umschloß. Der getaute Schnee hatte das Eis schwarz und morch gemacht, und unheimlich gähnte das Loch dieses Riesentrichters zu ihnen empor. Der Wind trieb rascheln die wenigen losen Blätter über den Boden, in das Orngelüft hinein, wo sie wie dunkle Fäden hängen blieben. Es roch nach Faulnis und Verwesung, erregte durch den großen Tod der Natur. Und der Graf empfand etwas von dieser Stimmung, die ihm an der Seite Dulters' noch schauerlicher dünkte. Wie der Blitz durchdringte ihn der Gedanke, er könnte plötzlich hinterläßt gepackt und dort hinunter in das tiefe Loch geschnitten werden, wo er mit geschmetertem Schädel liegen bliebe. Es war wie ein Blitzstrahl der Angst, der ihn überkam und unter dem warmen Gutspeß ein finstliches Fühllein in ihm erregte, so daß er unwillkürlich einige Schritte absetzte machte. Rein, rein —: niemals wollte er die wohlthätige Idee ausführen, die Sache dieses Mannes herauszufordern. Sollte er ihm überdies im Grunewald nicht die Hand darauf gegeben, daß der Verkehr zwischen ihnen der alte freundschaftliche bleiben sollte? Ein Edelmann hielt an sein Versprechen. (Zwei. folgt.)

den Grundbesitzern aufgelagt werden müsse, da diese Kosten doch so wie so jetzt schon indirekt von den Mietern aufgebracht werden; außerdem sind die Grundbesitzer in der Gemeindevertretung zu zwei Dritteln vertreten.

Eine sehr eingehende Diskussion entwickelte sich über den Vorstandeparagraph des Gesetzes. Nach § 17 besteht der Schulvorstand in den Stadtgemeinden aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden, dem Pfarrer, zwei Hauptlehrern und zwei bis vier Gemeindegliedern; in den Landgemeinden nach § 18 aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden oder einem von der Gemeindevertretung gewählten anderen Vorsitzenden, dem Pfarrer, einem Hauptlehrer und zwei bis vier Gemeindegliedern. Beiden Paragraphen ist als Absatz 2 angefügt:

Durch Gemeindefatut kann die Zahl der Hauptlehrer und der Gemeindeglieder, die Mitglieder des Vorstandes sein sollen, sowie die Dauer ihres Amtes abweichend von vorstehenden Vorschriften festgesetzt werden; auch kann darin bestimmt werden, daß andere Lehrer als Hauptlehrer sowie Lehrerinnen in den Schulortstand zu wählen sind.

Von verschiedenen Diskussionsrednern wurde auf Grund dieses Absatzes 2 empfohlen, einen erweiterten Vorstand zu wählen, und zwar neben dem Gemeindevorsteher oder Bürgermeister und dem Geistlichen nur einen Hauptlehrer und noch einen anderen Lehrer oder eine Lehrerin der Volksschule sowie sechs Gemeindeglieder, darunter einen Arzt oder den Schularzt.

In seinem Schlußwort ging der Referent noch näher auf die Anregungen der Diskussionsredner ein und bemerkte, daß durch das Schulgesetz die kommunale Tätigkeit eine Erweiterung erfahren habe. Möge sie zum Wohle der Gesamtheit ausgeübt und mögen die gegebenen Anregungen beachtet werden.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der vorgedachten Zeit wegen wurde der zweite Punkt der Tagesordnung, Vortrag des Genossen Hug über die oldenburgische Gemeindeordnung, vertagt. — Damit hatte die Konferenz ihr Ende erreicht.

Kommunales.

Fortschrittliches aus der Kommunalpolitik. Der anhaltische Landtag nahm eine Regierungsvorlage an über die Veränderung der Ausführungsbestimmungen zum Unterstammwohnungsgefeß. Danach wird den Frauen das Stimmrecht in der kommunalen Armenpflege verliehen.

Aus dem Lande.

Barrel, 21. März.

Die Märzfeier wurde unter guter Beteiligung am Sonntag im Schützenhof abgehalten. Der Parteifreier Genosse Schulz verlas ein vortreffliches, die Erinnerung an die Märztage des Jahres 1848 und die Bedeutung derselben für uns und unsere Zeit den Anwesenden vor Augen zu führen. Vebolster Beifall lohnte dem Redner. Gleiches Interesse erweckten die Vorträge des Arbeitergefangenen Bormarts und des Nationalen-Zerzert, sowie die Ausführungen der Freien Turnerschaft. Die schöne und würdige Märzfeier erreichte gegen 11 Uhr ihr Ende.

Eine Stadtratsung ist auf Mittwoch abend 6 Uhr mit folgender Tagesordnung einberufen: 1. Aenderung der Grenzen des inneren Bezirks; 2. Wahl von Mitgliedern des Vorstandes der evangelischen und katholischen Volksschule; 3. Vertraulich.

Die Freie Turnerschaft Barrel macht am 1. Ostertag einen Ausflug nach Bant zum Besuch des Bruderserrins. Bis Ende wird die Bahn benutzt und von dort aus zu Fuß weitermarschirt.

Oldenburg, 21. März.

Eine Lohnbewegung der Gemeindevorsteher macht sich infolge des neuen Schulgesetzes bemerkbar. In einer Zuschrift der Morgenzeitla heißt es:

„Die Zeiten, wo der Gemeindevorsteher dieses Amt im Nebenamt führen konnte, sind vorbei, wenigstens in den größeren Gemeinden. Das zum 1. Mai d. J. in Kraft tretende Schulgesetz hat denn auch zur Folge gehabt, daß bereits mehrere Gemeindevorsteher zum 1. Mai gekündigt haben, andere werden noch folgen, wenn erst feillich, welche Arbeiten und Scherereien hiermit verbunden sind.“

In mehreren Kreisen sind die Gemeindevorsteher in den letzten Tagen zumungetreten, um eine einheitliche Regelung der Gehaltsfrage herbeizuführen. Man ist fast überall zu dem Schluß gekommen, daß das Gehalt sich zu richten hat nach der Einwohnerzahl und der Grundfläche der Gemeinde. Eine Umfrage hat ergeben, daß die Gemeindevorsteher bisher durchschnittlich an Gehalt bezogen haben pro Kopf 10 Pf. und nach der Bevölkerungszahl pro Kopf 20 Pf., ferner als Standesbeamte pro Kopf 10 Pf.

Die Arbeiten, die den Gemeindevorstehern durch das neue Schulgesetz aufgebürdet werden, lassen sich noch nicht abschätzen, jedoch steht schon jetzt fest, daß dieselben in den größeren Gemeinden ohne eine Schreibeiliste nicht zu bewältigen sind. Wo diese von den Gemeinden nicht gestellt wird, ist man in den Kreisen der Gemeindevorsteher der Ansicht, daß es Pflicht der Gemeinden ist, außer dem nach obigen Sätzen festgelegten Grundgehalt den Gemeindevorstehern für jede Schule 50 Pf. und bei mehrklassigen Schulen für jede weitere Klasse 25 Mark als Vergütung zu zahlen. Mit diesen Vorschlägen werden die Gemeindevorsteher demnach an die Gemeindevertretungen heranzutreten.“

Ein Juristischer machen bürgerliche Blätter. Vor einigen Wochen brachten diese Blätter die Mitteilung, eine Oldenburgerin, die von ihrem Manne in Holland verlassen war, wäre von der holländischen Regierung in großen Tagesmärschen an die Grenze gebracht und dort in einem jammervollen Zustande angekommen. Jetzt melden sie heimlich, daß sie einer Schwimlerin zum Opfer gefallen seien und daher bitten sie die holländische Regierung um Verzeigung.

Neber eine Entgleisung wird uns amtlich gemeldet: Freitag nachmittag gegen 6 Uhr entgleiten bei der Uebersicht des Güterzuges 6364 aus dem Bahnhof Kloppenburg infolge vorzeitigen Umlagens einer Weiche einige Güterwagen, jedoch sowohl die Hauptbahn nach Oldenburg, als auch die Nebenbahn nach Friesenheide gesperrt war und die Reisenden der Züge 70, 67, 267 und 270 an der Unfallstelle umliegen mußten.

Die Aufgleisungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, wobei Freitag abend um 11 Uhr die Hauptstrecke und Sonnabend morgen um 8 Uhr die Nebenstrecke wieder frei war. Die Züge, die denen umgestiegen werden mußte, haben bis zu einer Stunde Verpätung bekommen. Verlegungen sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist nicht unerheblich.

Delmenhorst, 21. März.

Die Sitzungen der städtischen Kollegien finden am Donnerstag den 24. d. Mts., nachmittags 7 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule statt. Tagesordnung:

Seines Feuilleton.

Staat und Schule.

Der beachtlichen Einführung der Bürgerkunde als Unterrichtsgegenstand in der Schule sieht Otto Corbach im „Räumer“ mit starkem Mißtrauen entgegen. Die Schule „ist noch ganz und gar ein Werkzeug der Bureaokratie, die die Untertanen zwangswelke dazu anhädt, außer Spontanismus und künstlicher Frömmigkeit Lesen, Schreiben, Rechnen und andere nützliche Fertigkeiten zu erlernen, die es ihnen erleichtern können, Geld zu verdienen und — Steuern zu zahlen. Wenn in den Schulen heute vieles gelehrt wird, was nicht nur Subordinationsgefühl und Erwerbsinstinkt fördert, sondern was die Jugend auch wirklich bildet und ausfüllt, so kommt es nur daher, weil die Bureaokratie einem wissenschaftlichen Juge der Zeit nicht ganz widerstehen konnte. Was sie in ihrem Widerstreben gegenüber dem Drange des Volkes nach Wissen und Bildung immerhin geleistet hat, das lehrt ja die Rückständigkeit unseres Schulwesens; denn man überlege einmal, auf wie tiefem Niveau unsere Volksschulung stehen müßte, wenn nicht durch die großartige Entwicklung eines freien Zeitungswesens, durch öffentliche Bibliotheken und ähnliche Einrichtungen anderer Mittel und Wege gefunden worden wären, auf die breiten Massen des Volkes ausfüllend einzuwirken. Schließlich konnte die Schule nicht allzuweit hinter diesen freien Bildungsbestrebungen dahinterhinken; nur deshalb raffte sich die Bureaokratie von Zeit zu Zeit auf, die Schule neuen Bedürfnissen ein wenig anzupassen.

Von jeder haben sich nachdenkliche Naturen darüber gewundert, warum der Beamtensohn, der die Schule nach seinem Bilde schuf, nicht dafür sorgte, daß das Volk vor allem ihn selbst durch die Schule gründlich kennen lernte. . . Warum zog er es vor, sein Licht unter den Scheffel zu stellen? Ja, das hatte keine wohlverwogenen Gründe. Die Bureaokratie wollte eine Macht bleiben, die ihre Kräfte aus mythischen Quellen schöpft. Um so geheimnisvoller und wichtigerweiser sie wirken konnte, desto größer mußte der Respekt sein, den sie den „Untertanen“ einflößte. Darum befahl sich bei uns die Schule nicht damit, die „Untertanen“ des Staates zu „Bürgern“ zu erziehen, darum wird in ihr keine „Bürgerkunde“ gelehrt. Und wenn die der Schule entzogenen mündigen Untertanen mehr politische Rechte heißen, dann weiß dieselbe Bureaokratie, die es ver-

schuldet, daß die Kenntnis der bestehenden öffentlichen Einrichtungen noch nicht Gemeingut unseres Volkes geworden ist, höchstens auf den Rang an Staatsrang hin, der den Deutschen, im Vergleich mit anderen Nationen, nachfolgt wird. Damit seien neue politische Rechte nicht in Entlassung zu bringen. . . Daselbe Grauen, das ein unheilbarer Bureaokrat vor Dingen wie Telefon und Schreibeilmaschine empfindet, womit man ihn jetzt beglücken will, regt sich in ihm auch bei dem Gedanken, daß man künftig schon die Schuljugend in die Geheimnisse der Verwaltungswesens einweihen möchte. Was soll aus der Würde des Beamtenwesens werden, wenn künftig einerseits die Verwaltungswesens des Staates nach denselben Grundfäden und mit denselben Mitteln verwaltet werden sollen, die auch für den Kaufmann, den „Räumer“ in seinen Betrieben maßgebend sind, und wenn andererseits durch den Unterricht in den Schulen dafür gesorgt wird, daß das Wissen um den Staat und seine Bedeutung, um das ganze Verwaltungswesen aufhört, das Monopol einer einzelnen Rasse zu bilden? So lange das Volk dem Staate mit jenem Grauen gegenübersteht, das jede Macht einflößt, aber deren Ursprung, Wesen und Wirkfamkeit man sich nicht klar ist, so lange werden auch die Beamten das Volk in einem gewissen Zustande der Furcht vor Iyresgleichen erhalten und sich an Kosten der Allgemeinheit eine Bedeutung, eine Würde und Machtstille geben können, die das Maß ihres natürlichen Wertes weit übersteigt.

Zu befürchten ist nun, daß die Art Bürgerkunde, die amtlich in den Schulen eingeführt werden mag, nicht geeignet sein wird, das erwachende politische Bewußtsein im Volke zu verhäuteln, statt zu fördern. Das muß die öffentliche Kritik zu verhindern suchen. Lebensfähig kann es aber unsere politischen Zustände nur besser helfen, wenn schon die Jugend dazu angehalten wird, sich mit den Grundfragen unseres Staatslebens, mit allen öffentlichen Einrichtungen zu beschäftigen.“

Gumoe und Satire.

Das wichtigste Recht. Unter der Signatur eines Herrn namens Gumoe erscheint die Wochenzeitung vom 14. ds. Mts. als grüner Radmännchen während der Wählung der Konfirmanten in einer tiefen Rinde der Geistliche die Frage stellte: „Welches Recht wird Euch mit der Konfirmation zuteil?“, erholte von einem „Vollschüler die Antwort: „Das Wahlrecht.“ — Auch ein Zeichen der Zeit!

I. Sitzung des Gesamtdirats als Ausschub der hoheren Schulen.

- 1. Anschaffung von Inventar für die neuerrichtende Obersekunda und die Mädchenoberklasse.
II. Vereinigte vertrauliche Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der hoheren Schulen.
1. Wahl eines Lehrers.
III. Sitzung des Gesamtdirats.
1. Anlegung einer Zufahrtsstraße zum neuen Güterbahnhof.
2. Vertrag mit dem Verein vom Roten Kreuz wegen Ueberlassung von Baracken.
3. Uebernahme des Krankenhauses auf die Stadt.
4. Verkauf des Kleinfinderheims. (Erste Sitzung)
5. Statut über Zusammenziehung des coangestrichen Schulvorstandes. (Erste Sitzung)
6. Erweiterung der Hilfschule.
7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Herbergsreiters.
8. Einrichtung von zwei Hilfskassenstellen.
9. Mitteilung einer Verfügung des Ministeriums der Kirchen und Schulen vom 16. Februar 1910, betr. Aufhebung des Vorsitzenden aus der Gemeindevertretung.
10. Ankauf von Grundstücken. (Vertraulich)
11. Erlaß von Gemeindeumlagen. (Vertraulich)

IV. Sitzung des Stadtrats.

- 1. Neuverlegung der Gaspreise.
2. Verlagerung der Bremerstraße.
3. Vertrag mit der Wollmüllerei über die Genehmigung elektrischer Anlagen.
4. Verkauf eines Bauplatzes an der neuen Bahnhofstraße. (Zweite Sitzung)

Nordenham, 21. März.

Die vom Sozial. Wahlverein arrangierte Märzfeier am 18. März im Nästinger Hof (H. Bitter) nahm einen guten Verlauf. Leider hatte der Besuch etwas unter der gegen Abend einsetzenden schlechten Witterung zu leiden. Die Gedächtnisfeier wurde eingeleitet durch einige gut zu Gehör gebrachte Gesangsbeiträge des gemischten Chors Eintracht. Hierauf hielt Landtagsabgeordneter Genosse J. Meyer-Bant die Gedächtnisrede. In vorleserischer Weise verlas Redner es, die Entwürfen der Wärtage des Jahres 1848 den Anwesenden klar vor Augen zu führen. Redner erntete am Schluß seines wohlgeleiteten Vortrages lebhaften Beifall. Konzert, Aufführungen und Gesangsbeiträge wechselten hierauf miteinander ab. Gegen 12 1/2 Uhr hatte die Feier ihr Ende erreicht.

Eine gemeinschaftliche Magistrats- und Stadtratsitzung findet am Mittwoch den 23. März, 7 Uhr anfangend, im kleinen Saale des Friedrichs Hofes statt.

Ueber die Situation im Baugewerbe wird Dienstag abend 6 1/2 Uhr bei Joh. Rohmers eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter beraten. Die Angehörigen dieser Berufe machen wir auf diese wichtige Versammlung aufmerksam

Firrel, 21. März.

Eine elektrische Kleinbahn soll, wie verlautet, auf der Strecke Bagband-Murischer Wiesemoor II durch die Firma Siemens erbaut werden und die Orte Firrel, Neustirck, Reudorf, Ulmannslehne und Moorwinkelschamm berühren. Da bei Reudorf große Aultwässerungen vorgenommen werden und viele Neubauten entstehen, hofft man auf baldige Ausführung des Projekts, damit das Material leichter herbeschafft werden kann.

Aus aller Welt.

Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien. Eine Firma Edenbale & Co. in London hat sich zur Förderung der Auswanderung nach Argentinien durch Inserate in den Zeitungen angeboten, Stellungen durch ihre Filiale in Buenos Aires zu vermitteln. Zuverlässigen Mitteilungen zufolge ist aber eine Filiale der genannten Firma in Buenos Aires in vorigen Geschäftsstellen nicht bekannt und auch in keinem dortigen Adressbuch verzeichnet. Nach den von der genannten Firma in London den Auswanderungslustigen gemachten Angaben kann das Anerbieten wohl als Schwindel betrachtet werden. Daß die argentinische Regierung die Einwanderung unterstützt, indem sie Erleichterungen der Passage gewährt, ist unrichtig; sie bietet vielmehr den Einwanderern nur nach der Ankunft freie Unterkaufst für einige Tage, Stiefelvermittlung und Bahnfahrt nach einem Arbeitsplatze. Ebenjowenig erhalten die Einwanderer von der Regierung Land, Vieh, Geräte, Maschinen, freie Verpflegung und dergleichen. Daß die Firma Edenbale & Co. in der Lage sein soll, die Ueberfahrt zur Hälfte des gewöhnlichen Preises zu erwirken, erscheint nicht glaublich. Bei der Delta-Kolonie, von der die genannte Firma spricht, handelt es sich um das Unternehmen eines Italieners namens Biaggio, der von der Regierung der Provinz Entre Rios eine Konzession zur Kolonisation des Parana-Deltas erhalten hat. Wie von verschiedenen Seiten glaubwürdig mitgeteilt wird, kann dieses Unternehmen, das besonders deutsche Kolonisten heranziehen will, den Auswanderern keinesfalls empfohlen werden. Die fraglichen Inseln sind Ueberflutungen sehr leicht ausgesetzt und ein Ertrag des Anbaues von Bäumen, die fast ausschließlich in Betracht kommen, ist erst nach jahrelanger, mühsamer Arbeit zu erwarten, so daß die für das Land geforderten Preise als bedeutend zu hoch bezeichnet werden. Aufschneidend geht Biaggio darauf aus, unerhörte Neuanforderungen zu überportieren. Sein Vertreter ist ein gewisser Schoff, der für jeden Kolonisten, den er anwirbt, eine Behohnung erhalten soll. Der Verein zur Förderung germanischer Einwanderung, auf den sich Edenbale beruft, steht dem Unternehmen nicht nur fern, sondern hat sich sogar ausdrücklich von ihm losgelagt.

Die Londoner Frauenrechtlerinnen versuchten am Donnerstag dadurch für eine Versammlung Kessame zu machen, daß sie eine Dampfpreise mieteten und als Feuerwehreute verkleidet durch die Straßen des Westens zogen. Selbst die Polizei war über den Trick verblüfft. Ganz London spricht von dem Kessamezug der Frauenrechtlerinnen.

Gegen eine Ration von 50000 Mk. soll, wie das Oberlandesgericht in Königsberg entschieden hat, die Frau v. Schoenbeck aus der Unterjudenschaft entlassen werden. Das Oberlandesgericht hat Beihilfe zum Mord als vorliegend angenommen. Die Beschwerde gegen den Haftbefehl des Landgerichts Allenstein wurde verworfen.

Ein heuchlerischer Zwischenfall ereignete sich in einem Londoner Varieté. Beim Herablassen des eisernen Vorhanges in South London Music Hall wurde durch einen Mißgriff das Wasserwerk in Betrieb gesetzt. Die ganze Bühne wurde überschwemmt und das Orchester überflutet. Durch die rasch entschlossene Antionierung einer lustigen Melodie wurde eine Panik vermieden und die Vorstellung fortgesetzt.

Ein arger Bigamist. In Hull wurde ein Mann verhaftet, dem nachgewiesen werden kann, daß er sich fünfmal hintereinander verheiratet hat und daß alle fünf Frauen leben und er auch von keiner getrennt geschieden ist. Im Jahre 1893 verheiratete er sich in Dover, 1897 in London,

1898 in Emors, im selben Jahre in Hammerfest und in diesem Jahre in Hull. Durch einen Zufall wurde die Sache aufgedeckt. Alle fünf Frauen haben jetzt Klage gegen ihn erhoben.

Literarisches.

Was dem Seelenleben höherer Tiere. Von Dr. Alexander Solowjow, zoolog. Assistent in Kasl Jagarskies Tierpark in Estlingen. Mit zehn Kunstbelegungen von Tiermaler W. Henrich in München. Preis 1 Mk., elegant gebunden 1,50 Mk. Leipzig, Verlag von Thos. Thomas. — Der vorliegende Band erhebt in geschmackvoller Ausstattung als dritte Buchbelle von Natur, Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, (Preis pro Bändchen 1,50 Mk.). Der in weiteren Kreisen durch seine schriftstellerische Tätigkeit rühmlichst bekannte Verfasser stellt in dem leichtverständlich geschriebenen Werke die Forderung nach größerer Erforschung der Menschen- und Tierpsychologie auf und läßt den Beweis zu erbringen, daß die wissenschaftliche Forschung nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn sie von der biologischen Seite ausgeht. Er tritt warm für direkte Beobachtungen der höheren Tiere in der Freiheit ein, da der veränderte Aufenthalt der Tiere, wie ihn die Gefangenschaft mit sich bringt, das herausreißen aus dem direkten Zusammenhang mit der Natur, die Entziehung der Tiere vom Kampf um Dasein, Beknechtungen mit sich bringen, die mäßig auf die Tierseele einwirken. An der Hand zahlreicher Beispiele wird gezeigt, wie sich bei den verschiedenen höheren Tieren in der Gefangenschaft eine Abhängigkeit von ihrer Wärrer, ja sogar eine Seelengemeinschaft zwischen Tier und Mensch herausbilden. Solowjow weist ferner nach, daß zahlreiche Faktoren, die das Individuum in seinem Streben nach Erhaltung seines Lebens unterliegen, wie Schutzierung und Schutzgebung, Wassen vor Erlegung von Wente oder zur Verteidigung, auf die Entwicklung der geistigen Anlagen nicht fördernd einwirken, sondern dieselben in benennender Weise hemmen. Nachden der Verfasser u. a. auch das Seelenleben der Tiere zueinander untersucht, vergleicht er die bei dem Studium der Lebensgewohnheiten der Naturforscher gewonnenen Resultate mit den bei den höheren Tieren erlangten und schließt daraus auf einen Seelenunterschied zwischen Mensch und Tier. Diese Auffassung des Verfassers wird ausführlich begründet, wir können jedoch im Rahmen dieser Besprechung nicht näher auf die Begründung eingehen. Das interessante und anregend geschriebene Buch, dem zehn schön ausgeführte Kunstbelegungen beigegeben sind, kann Jedermann zur Anschaffung empfohlen werden.

Versammlungs-Kalender.

- Dienstag den 22. März.
Rättingen-Wilhelmschöden.
Tachbederwerbend. Abends 8 1/2 Uhr bei Rietken, Wilhelmsh. Str.
Verband der Maler. Abends 8 1/2 Uhr bei Halverland.
Gabelsh. Stenogr.-Verein Bant. Abends 8 1/2 Uhr bei Lipowicz.
Fr. Guttenpl.-Leden (Voge Ralte). Abds. 8 1/2 Uhr Bremer Schläflich.
Mittwoch den 23. März.
Barel.
Arbte.-Gefangenen Vorwärts. Abends 8 1/2 Uhr im Schühmbel

Knorr's Suppen. 3 Teller 10 Pfg. Knorr-Sos würzt famos. Suppen, Saucen, Gemüse, Fleischspeisen etc. Jeder Umschlag gilt als Gutschein. Jede Tafeltheke enthält 1 Gutschein.

Bekanntmachung. Die Lieferung von ca. 2300 lfd. m geraden Granit-Bordsteinen und 270 lfd. m Granit-Vogelbordsteinen für die Straßenpflasterungen im Jahre 1910 soll vergeben werden. Bedingungen u. können vom Rathaus, Zimmer Nr. 2, für 1 Mk. bezogen werden. Die Angebote sind bis zum 26. März 1910, vormittags 11 Uhr, verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot auf Granitbordsteine für Straßenbauten“ beim Stadtmagistrat einzureichen. Heppens, den 18. März 1910. Der Stadtmagistrat. Dr. Luken.

Bekanntmachung. Die Lieferung von ca. 400 Tausend Straßenklinteren u. 100 Tausend Trottoirklinteren für Straßenbauten im Jahre 1910 soll vergeben werden. Bedingungen u. können vom Rathaus, Zimmer Nr. 2, für 1 Mk. bezogen werden. Die Angebote sind bis zum 1. April 1910, vormittags 11 Uhr, verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebot auf Lieferung von Klintersteinen“ beim Stadtmagistrat einzureichen. Heppens, den 18. März 1910. Der Stadtmagistrat. Dr. Luken.

Bekanntmachung. Ein Stadtratsbeschluss vom 17. d. Mts. über Durchbau der Ulmenstr. zur Willowstraße und Vorkabelung der Anlieger zu den Kolien nach Artikel 48 der Gemeindeordnung, liegt vom 19. d. Monats bis zum 3. April d. Js. im Rathause zu Heppens, Zimmer Nr. 1, aus. Heppens, den 18. März 1910. Der Stadtmagistrat. Dr. Luken. Dreiräumige Wohnung mit Stall, Keller und Gartenland zum 1. April oder später zu vermieten. Genossenschaftsstraße 40.

Bekanntmachung. Zum 1. Mai d. Js. wird ein zu verlässiger, im Kommunaldienst erfahrener Gemeinde-Beziehungsführer gesucht. Anfangsgehalt 2000 Mk. Bewerbungen sind bis zum 26. d. Mts. einzureichen. Luende, den 11. März 1910. Der Gemeindevorstand. S. Janßen. Zu vermieten dreiräumige Oberwohnungen zum 1. April oder später. Lammkeilstraße 44, 1. Etg. Zu erfragen beim Hauswart Nowak.

Ich bin nicht nervös weil Kathreiners Malzkaffee mein regelmäßiges Morgengetränk ist. Bild einer Frau in einem Hut.

Zu vermieten zum 1. April einige drei- und vier-räumige Wohnungen. J. Ferdinands, Baugeschäft, Bant. In meinem Hause Heppens, Brunsstr. 4 habe ich zum 1. April vier dreiräumige renovierte Wohnungen zu vermieten. J. E. Loh. Marienfel.

Gesucht sofort zwei tüchtige Schneiderinnen G. Haslar, Rieler Straße 58 II. Gesucht zum 1. April ein fröhlich Mädchen im Alter bis zu 18 Jahren. G. Bod. Osterstraße 7a.

Gesucht auf sofort älteres Mädchen oder Frau zur Aushilfe. Marienfelder Hof. Gesucht ein sauberes Mädchen für die Vormittags-Stunden von 8 bis 12 Uhr. Frau S. F. Quisemann, Roonstraße 101. Gesucht auf sofort ein Maurer (Steinleger). Baugeschäft Hüfner, Bant, Roonstraße 24.

Gesucht zu Ostern oder später einen Sohn rechtlicher Eltern als Lehrling. W. Meyer, Malermeister, Rieler Straße 81. Gesucht auf sofort ein Mädchen für die Tagesstunden. Bant, Himmels, 13, p. v. Dasselbst ein Kinderwagen zu verkaufen. Preis 19 Mk. Schiffzimmermanns Lehrling gesucht. Zu erfragen Bant, Börsestr. 27, I. b. Schneider. Eine Stelle auf sofort oder später sucht für ein Dienstmädchen 25 Jahre alt, der Gemeindevorstand Bant.

Verkauf.

Pferdehändler **H. Freis** zu Neuende läßt
Donnerstag den 24. ds. M.
nachm. 2 Uhr anf.,
in und bei **J. Follers** Gastwirt-
schaft zu Neuende



zirka 20 Stück
starke

Arbeits-Pferde

worunter Oldenburger,
Dänen und Russen sowie



30 bis 40 Stück
große und kleine

Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meist-
bietend verkaufen.

Neuende, den 18. März 1910.
H. Gerdes,
Auktionator.

Verkauf.

Als Verwalter im Konkurs über
den Nachlaß des Fuhrunternehmers
Aug. Wahr habe ich folg. Sachen:

Einen an der Kanalstraße in
Wilhelmshaven, gegenüber der
Wilhelmstraße, stehenden

Hebekrahn mit Laufstige,

zwei große Wagen-Winden,
einen Ketten-Floßzug,
einen Posten Baddecken
zu verkaufen. Kaufinteressenten wollen
sich baldigst mit mir in Verbindung
setzen.

Der Konkursverwalter ter Veen,

Rechnungsteiler und Mandatar,
Bant, Wilhelmsh. Straße 23, 1,
Telephon 91.

Konsum- u. Sparverein

„Unterweser“

a. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

Ausnahme-Preise!

Frühobstmarmelade . . . Pfd. 28 Pf.
Zahnhonig Pfd. 62 Pf.
Süßholzwaffeln Pfd. 60 Pf.
Sauerkohl Pfd. 5 Pf.
Salzgurken Stk. 5 Pf.

Marmelade.

1 Eimer, 5 Pfd. M. 1.20
1 Eimer, 25 Pfd. M. 6.00
losgewogen 1 Pfd. M. 0.35

J. H. Cassens

Bant, Peterstraße 42 und Schaar.

Eine gut erhaltene Nähmaschine

die tadellos näht, ist für 25 Mark
zu verkaufen; dergleichen ein fast
neues Herzensfindend.

Wellastraße 23, p. l.

Bildungs-Ausschuss Oldenburg-Ostfriesl.

Zentrale Bant.

4 wissenschaftliche Vortragskurse

Thema: Der historische Materialismus. — Redner: Herr J. Borchardt-Berlin.

Die Kurse finden in folgenden Orten statt:

Rüstringen-Wilhelmshaven:

Dienstag den 29. März, Sonnabend den 2. April,
Mittwoch den 6. April, im Tivoli zu Heppens.

Emden:

Mittwoch den 30. März, Sonntag den 3. April,
Donnerstag den 7. April, im Hotel Bellevue.

Kartenpreise. Bant 40 Pfennig für alle drei Abende; Emden 60 Pfennig für alle drei Abende;
Oldenburg 50 Pfennig für drei Abende, 20 Pfennig pro Einzelabend; Delmenhorst
60 Pfennig für drei Abende, 25 Pfennig pro Einzelabend.

Die Eintrittskarten sind von jedem Teilnehmer an den Kursen deutlich und ordnungsmässig
auszufüllen und werden dieselben am ersten Vortragsabend gegen Aushändigung einer Kontroll-
nummer einbehalten. — Der Ausschuss bittet die Arbeiterschaft an den betreffenden Orten in
ihrem eigenen Interesse um eine zahlreiche Beteiligung an den Vortragskursen.

Oldenburg:

Donnerstag, 31. März, Montag, 4. April, Freitag,
8. April, im Vereinshaus Thümler, Nelkenstr.

Delmenhorst:

Freitag, 1. April, Dienstag, 5. April, Sonnabend,
9. April, im Ballhaus Spiegelsäle (Schussmacher).

Die Osterfreude
wird wesentlich erhöht durch
den Osterkuchen. Dieser gerät
am besten mit der bekannten
Pflanzenbutter-
Margarine, Marke
Cocosa
die sparsame Hausfrauen mit Vorliebe
anstelle der teuren Naturbutter ver-
wenden. — Bestandteile: Das Frucht-
mark der Cocosnuss (Cocosin), Milch
und Eigelb. — Machen Sie einen
Versuch, um sich von der Güte dieser
Marke zu überzeugen.
Überall erhältlich!
Allezeitige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

Vertreter: Gebr. Gehrels, Wilhelmshaven.

Bandwurm mit Kopf

mit auch in ste-
ten künftigen
Züchten
in ca. 7 Wochen
reife, hoch
„Nolltaenia“
wächst, wohlschmeckendes Pulver, das bei allen Wurmbefällen, auch bei Sten- und
Spulwürmern, eine gründliche Zerstörung bewirkt. Keine Nebenwirkung! Kein Preisverfall!
Nur „Nolltaenia“ gibt mit Kapsel 2,50 M. für Kinder 1,50 M. b. Einl. u. 2,75 M. bei
3,75 M. franko. Versand: Bremen, Gröbenstr. 14. Einbl. 4. ohne Kapsel 20. Stück 30.
Kocher, Str. 17, Bremen 2.

Ersichtlich in allen Apotheken.

Konserven

Feste Packung.	Hochfeine Qualitäten.
Brech- u. Schnittbohnen	2 Pfd. 34 Pf., 3 Pfd. 50 Pf.
	4 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 80 Pf.
Junge Erbsen	1 Pfd. 32 Pf., 2 Pfd. 48 Pf.
Perlbohnen	1 Pfd. 30 Pf., 2 Pfd. 45 Pf.
Große Bohnen	1 Pfd. 45 Pf., 2 Pfd. 70 Pf.
Erbsen und Karotten	1 Pfd. 38 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.
Gemischtes Gemüse	1 Pfd. 36 Pf., 2 Pfd. 60 Pf.
Stangen-Spargel	1 Pfd. 70 Pf., 2 Pfd. 130 Pf.
Brech-Spargel 1/2 Pfd. 30 Pf., 1 Pfd. 40 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.	

Kompott-Früchte

als Erdbeeren, Ananas, Birnen, Melange, in Dosen
und ausgewogen, billig.

ff. Kronenbeeren 1 Pfd. 45 Pf., 2 Pfd.-Dosen 80 Pf.,
10 Pfd.-Dosen 3.70 M.

J. H. Cassens

Bant, Peterstraße 42. Schaar.



Empfehle

von Dienstag früh an die ganze
Woche von täglich frischer Zufuhr:
**Große u. kleine Schellfische,
Schollen, Aunrrhahn, Kar-
bonade, Kablian, Seelachs,
Matreien, schöne Seegranat**
alles prima Ware zu den
billigsten Tagespreisen.

J. Cappelmann

Wilhelmshav. Straße 58
Dienstag: Verkauf auf dem Elssasser Markt

Ankauf

von altem Eisen, Kupfer, Messing,
Zinn, Zink, Staniol, Blei, sowie
Kumpen, Gummiabfällen und Cham-
pagnerflaschen. Zahle dafür stets
die höchsten Preise. Auf Wunsch
hole es aus dem Hause ab.

S. Reisner,

Heppens, Tonndich 4.
Telephon 672.

Umzugshalber

spottbillig zu verkaufen:
1 Vertikow, 1 Blüchschloß,
1 zweifür. Kleiderschrank,
verschiedene Bilder und
1 Nudelschrank.

Bant, Odecoogstraße 2, 1. Et. l.

Kinderwagen, gut erhalten,

billig zu verkaufen.
Werftstraße 98, 1. Tr. r.

Damen-Fahrrad

gut erhalten, umständehalber billig
zu verkaufen. Näheres zu erfragen
in der Exped. d. Bl.

Delmenhorst.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteilage von 1863 bis 1909.

bearbeitet von W. Schröder.
Unentbehrlich für jeden politisch oder
gewerkschaftlich tätigen Genossen. —
Vollständig in ca. 18 Lieferungen
à 30 Pfennig.

sowie alle Parteischriften

(sind zu beziehen durch)

H. Meyer, Delmenhorst
Ziedinger Straße 158.

Kohrstühle

werden geflochten bei
Bargmann, Bant, Annenstr. 15.

Waschbaljen

werden schnell und prompt repariert
bei **C. Ehlers, Bant, Adolfsstr. 14,**
Hinterhaus.

Knaben

4 und 2 Jahre alt, sind als eign.
abzugeben. Näheres durch
Gemeindevorstand Bant.

Wollen Sie?

eine gut gehende Uhr haben, so lassen
Sie dieselbe reparieren bei

G. Märtens, Uhrmacher,
Heppens, Güterstraße 11,
gegenüber Sadowassers Tivoli.

Steuerreklamations- :: Formulare ::

sind zu haben bei
Paul Hug & Co.

Pflanzen-Butter ff.

garantiert rein von Tierfett,
schmeckt wie beste Butter
1 Pfund 75 Pf.

Estol, bestes Pflanzenfett
1 Pfund 65 Pf.

J. H. Cassens,
Bant, Peterstraße 42, Schaar.



Mein Gespann

empfehle zu Ausfahrten, sowie
meinen **Kollwagen** zu
kleineren Umzügen und sonstigen
vorkommenden Arbeiten.

P. Ziegfeld, Wilhelmshaven,
— Moontstraße 43. —

Frische hiesige Eier

Stiege 1.20 Mark.

Friedrich Staßen,
Wilhelmshav. Straße 64.

Kinderwagen zu verkaufen.

Paulstraße 14, 1. Et. l.

Braunschweiger Honigkuchen

3 Pfund 1.00 M.

Ostfriesischer Honigkuchen ff.

1 Stück 48 Pf.

J. H. Cassens, Bant, Peterstr. 42, Schaar.

Kartoffeln

empfehle in bekannter bester Qualität zu den billigsten Tages-
preisen: rote Junter, gelbsteifige Eier-Kartoffeln,
Magnum-honum, weiße runde.

Folkert Wilken, Bant
Brunnenstr. 3, neben alten Bantter Bahnhof.
Telephon Nr. 634.